

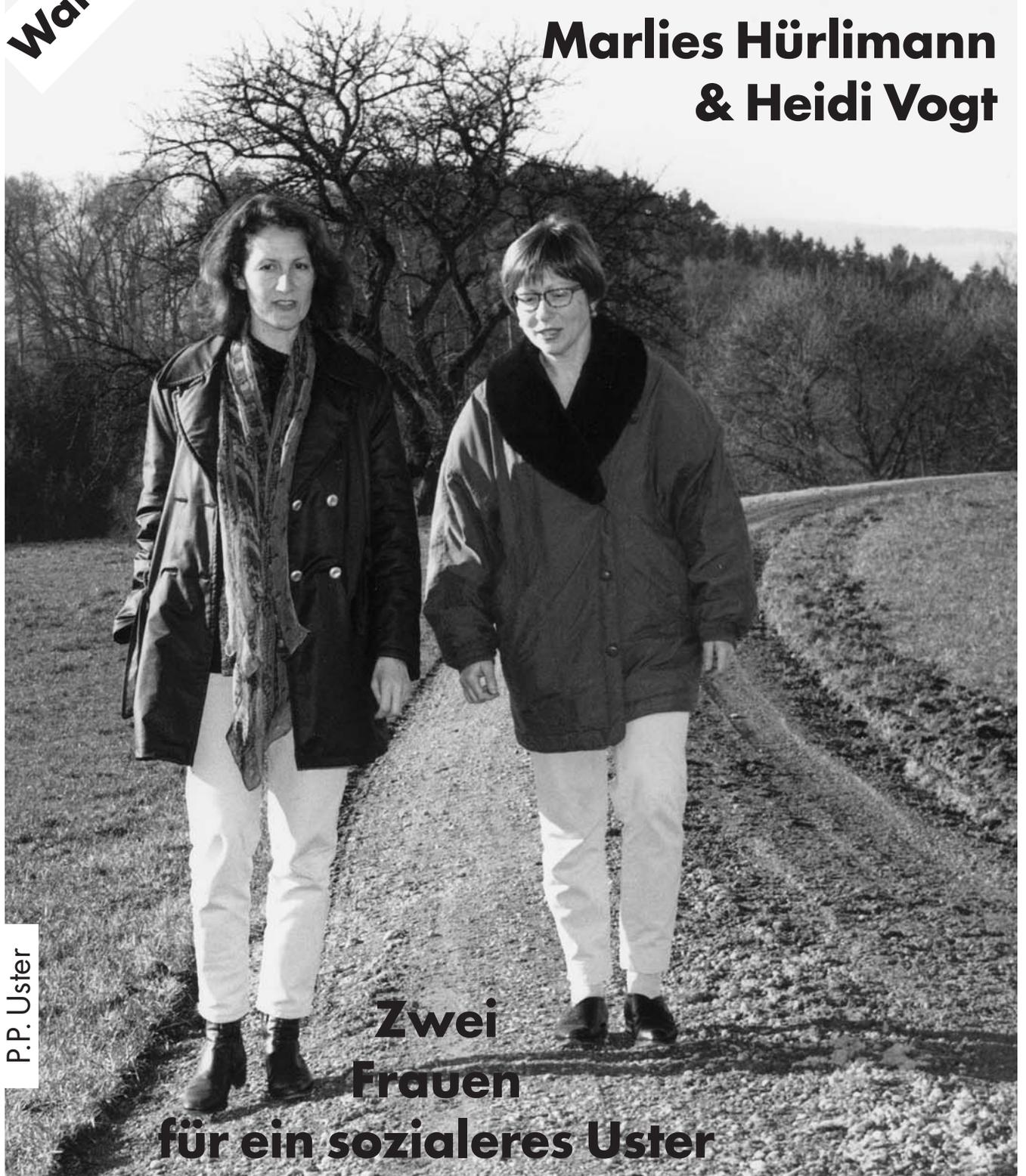
FORUM

Wahlen '98

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

Nr. 192 Februar 1998

**Marlies Hürlimann
& Heidi Vogt**



P.P. Uster

**Zwei
Frauen
für ein sozialeres Uster**



**FORUM abonnieren?
Kein Problem!
Talon auf Seite 10.**

Inhalt

Geben Sie uns eine Chance – es ist auch eine Chance für Sie! Von Ewald Feldmann	3
Zwei Frauen für ein sozialeres Uster Ein Gespräch mit Heidi Vogt und Marlies Hürlimann Von Rolf Murbach	5
Der unersättliche Machthunger der FDP Von Stefan Feldmann	8
Die SP mit zwei Sitzen in die Pflicht nehmen Von Ludi Fuchs	9
FORUM-Kreuzworträtsel	10
Viele Denkanstösse gegeben Von Beatrice Jungholz Zobrist	11
SP-Gemeinderatsliste	12
Familienbudgets aus dem Gleichgewicht Von Laurenz Steinlin	14
GegAv – Lichtblick am Horizont Von Beatrice Jungholz Zobrist	15
Abschied von der Kernfamilie Von Angela Schmalz	16
Ende mit dem Mauerblümchendasein Von Stefan Feldmann	17
Ausbrechen aus dem elenden Kreislauf Von Rolf Graf-Ganz	18
Wider der Zweiklassenmedizin Von Christian Wüthrich	19
Umweltschutz ist Menschenschutz Von Dagmar Anderes	20
Zentraler Teil des «Service public» erhalten Von Peter Mathis-Jäggi	21
Kein seldwylerischer Provizialismus Von Barbara Thalmann	22
Stellt Euch vor, in Uster...	23

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

Herausgeberin: Sozialdemokratische Partei
 Anschrift: FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
 Auflage: 13 500
 Abonnement: für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf
 PC 80 – 13431 – 8
 Redaktion: Margrit Enderlin, Stefan Feldmann,
 Fredde Gut, Patrick Höhener,
 Marlies Hürlimann, Rolf Murbach
 Fredde Gut
 Layout: Rolf Murbach
 Titelbild: Stefan Feldmann
 Vertrieb: Stefan Feldmann
 Druck: Ropress Zürich

Geben Sie uns eine Chance – es ist auch eine Chance für Sie!

SP Uster – eine starke Partnerin

Alle vier Jahre kommen wieder Wahlen, alle vier Jahre können sich die Menschen in Uster entscheiden, in welche politische Richtung es gehen soll. Die SP Uster steht dieses Jahr mehr denn je für ein sozialeres Uster ein. Dabei zählen wir auch auf Ihre Stimme.

Von Ewald Feldmann

Nun bricht es wieder aus, das Wahl-Fieber, wo alle Parteien und Bürgerbewegungen ihre Versprechen für die nächsten vier Jahre abgeben, wo alle möglichst in die Mitte rutschen wollen, wo alle sagen, sie hätten die richtigen Rezepte, um den mageren sieben Jahren endlich ein Ende zu machen und die sieben folgenden fetten Jahre von ihnen aus schon längst hätten beginnen können oder müssen.

In diesen ersten Wochen und Monaten, wo Herr und Frau Uster sich bemühen, ihre guten Vorsätze für das neue Jahr in Taten umzusetzen, sassen die WahlstrategInnen aller Parteien während dunklen Winterabenden stundenlang zusammen, suchten krampfhaft nach Wahlschlagern, brüteten über Parteiprogramme, Slogans und Motive des sich gut «Verkaufkönnens» – eine Zeit, in der sich vielleicht die eine Kandidatin und der andere Hoffnungsträger einer Partei wieder einmal vornahmen, die in aller Öffentlichkeit kundgetanen Worte in den kommenden vier Jahren nicht zu vergessen.

Wir bleiben links

Nun denken Sie ja nicht, wir von der Sozialdemokratischen Partei Uster würden auch gerne in die Mitte rutschen wollen, würden auch nur schönfärberische Worte des Wahlkampfes wegen dreschen und knackige Slogans in die smoggeplagte Umwelt setzen. Dass dem nicht so ist, können Sie im Bericht von Gemeinderätin und Fraktionschefin Beatrice Jungholz nachlesen, der Ihnen aufzeigt, für wen und für was sich die SP-Parlamentarierinnen und -Parlamentarier in den letzten vier Jahren eingesetzt haben (Seite 11).



In einer Sache allerdings unterscheiden wir uns nicht gross von den anderen Parteien. Auch wir schlugen uns viele abendliche und nächtliche Stunden mit Reden, Suchen, Fluchen und Lachen, mit Optimismus, mit Zweifeln und mit Hoffnungen für eine bessere Zukunft um die Ohren.

Eine ausgewogene Liste

18 Frauen und 18 Männer zu finden und zu überzeugen, dass es für unsere Politik und unsere Gemeinde wichtig ist, sich auf die Gemeinderatsliste setzen zu lassen und vielleicht im Rat mitzuarbeiten und immer damit rechnen zu müssen, eventuell mit seinen Ideen und Ansinnen zu unterliegen, ist gar nicht so einfach. Darum sind wir doch ein bisschen stolz, Ihnen für die kommenden Wahlen eine so ausgewogene Liste vorlegen zu können. Eine wahre Liste 1.

Stolz sind wir ebenso auf unsere beiden Frauen, die sich das anspruchsvolle Ziel gesetzt haben,

im Stadtrat für die Menschen in dieser Stadt verantwortungsvolle Aufgaben zu übernehmen. Eine ideale Mischung: mit Heidi Vogt eine bisherige, bewährte und engagierte Stadträtin mit Standvermögen und Übersicht, und mit Marlies Hürlimann-Arnold eine an politischen Jahren noch «junge» und dennoch schon erfahrene Gemeinderätin, die seit einigen Monaten kompetent und souverän den Ratsbetrieb lenkt und leitet. Unsere Ansicht, die übrigens auch von bürgerlichen Exponenten geteilt wird, dass ein sozialdemokratischer Anspruch auf zwei Stadtratssitze gerechtfertigt ist, erläutert Ihnen auf Seite 9 alt Stadtrat Ludi Fuchs.

Die SP-Vertreterinnen und -Vertreter im Gemeinde- und Stadtrat werden in den nächsten vier Jahren neben den lokalen Problemen vor allem mit den alltäglichen Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger beschäftigt sein. Im Vordergrund stehen Themen, die im menschlichen und somit im sozialen Bereich zu harten Diskussionen mit den Bürgerlichen und den Arbeitgebern führen werden. Welche Punkte dies genau sein werden, entnehmen Sie unserem Wahlprogramm auf Seite 23.

Politischer Frühling

Wir sind froh, dass alle vier Jahre wieder demokratische Wahlen stattfinden. Das gibt Ihnen und uns die Chance, auf die heutige veränderte wirtschaftliche Situation mit einer sozialeren Politik reagieren zu können. Geben Sie unseren Kandidatinnen und Kandidaten mit der Abgabe der Liste 1 das Vertrauen und Sie haben die Gewissheit, dass die Interessen der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer von uns mit aller Kraft vertreten werden, dass Ihre Perspektiven für morgen nicht schlechter ausfallen.

Wahlen im März: Es kann wärmer werden in unserem Land, es kann wärmer werden in unseren Herzen, es wird Frühling – SP wählen lohnt sich!

Ewald Feldmann
Präsident der SP Uster

Marlies Hürlimann



Marlies Hürlimann ist seit 1994 im Gemeinderat, seit Mai 1997 leitet sie diesen als Präsidentin. Sie ist 35 Jahre alt und lebt mit ihrem Mann in Oberuster. Nach einer kaufmännischen Ausbildung und mehreren Jahren Berufstätigkeit in den Bereichen PR und Verlagswesen wechselte sie in den Journalismus. Zur Zeit studiert sie Betriebsökonomie an der HWV.

Als Mitglied der Raumplanungskommission liegt der Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit bei raumplanerischen Fragen. An den Gestaltungsplänen Loren und Hohfuren sowie an der Revision der Nutzungsplanung hat sie massgeblich mitgearbeitet. Der verantwortungsvolle Umgang mit den Ressourcen ist ihr ein Anliegen: Mit einer Interpellation hat sie erreicht, dass für die Energieplanung ein Gesamtkonzept erarbeitet wird.

Mit sozialen Anliegen wie dem Thema Schule hat sich Marlies Hürlimann als Co-Präsidentin der SP-Arbeitsgruppe «Schule» intensiv auseinandergesetzt. Sie hat die flächendeckende Einführung von Blockzeiten an der Primarschule unterstützt und die Herausgabe eines überregional beachteten SP-Schulleitbildes initiiert.

Für den Gemeinderat: Liste 1

Heidi Vogt



Heidi Vogt, Stadträtin seit 1994, ist 43-jährig und lebt mit Mann und zwei Kindern in Nossikon. Die gelernte Krankenschwester mit Weiterbildungen in Psychotherapie und Führungsfragen arbeitete im Spital und in Drogenberatungsstellen. Heute ist das Amt als Stadträtin neben der Familienarbeit, die sie mit ihrem Mann teilt, ihr Hauptberuf.

Sie leitet die Abteilung Sicherheit mit einer breiten Palette von Polizei und Militär über Feuerwehr und Zivilschutz bis zur Einwohnerkontrolle, den Märkten und dem Öffentlichen Verkehr. Sie hat die Abteilung grundlegend und sozial verantwortlich reorganisiert und ein Pilotprojekt zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung eingeleitet. Inhaltlich liegt der Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Verkehrspolitik: Mehr Sicherheit und eine Kultur des «Miteinander» in Quartieren (Tempo 30) und im Stadtzentrum, Schritte zur Kostenwahrheit im Verkehr (Nachtparkiergebühr und Parkplatzbewirtschaftung); mit dem Ausbau der Märkte und einer liberalen Haltung zum Thema Wirtschaftsschluss hilft sie, Uster wirtschaftlich und gesellschaftlich zu beleben.

Heidi Vogt ist als Vertreterin des Stadtrats Mitglied der Primarschulpflege und der Bezirksjugendkommission.

Heidi Vogt und Marlies Hürlimann: Zwei Frauen für ein sozialeres Uster

Ein Gespräch mit den beiden SP-Stadtratskandidatinnen

Forum: Heidi, du bist seit vier Jahren im Stadtrat. Welches ist deine Bilanz?

Heidi: Es gab Erfolge und auch Misserfolge, aber insgesamt ist meine Bilanz positiv: In meiner Amtszeit haben wir das Marktwesen ausgebaut, wir haben erfolgreich eine Nacht-parkiergebühr eingeführt und die Parkplatzbewirtschaftung neu konzipiert. Wir arbeiten intensiv an Verbesserungen im Busangebot und machen Schritt um Schritt in Richtung einer neuen «Verkehrskultur». Im Zivilschutz heisst die Aufgabe, eine unumgängliche Redimensionierung behutsam, sozialverträglich und ohne Qualitätsverlust durchzuführen. Ebenso spannend, aber weniger sichtbar sind die Reorganisation der ganzen Abteilung Sicherheit und das Pilotprojekt für New Public Management. Diese Führungsarbeit liegt mir, und ich glaube, ich mache es nicht allzu schlecht. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Stadtrat sind grösser, als ich mir vor vier Jahren vorgestellt habe.

Forum: Du bist im Stadtrat in der Minderheit und wirst wohl in vielen Geschäften überstimmt?

Heidi: Das stellen sich viele so vor. Aber es ist nicht so, dass dauernd in Blöcken politisiert wird, sondern es gibt durchaus wechselnde Konstellationen. Ich ziehe also nicht nur einen Schuh nach dem anderen heraus.

Forum: Wie erlebst du die Zusammenarbeit im Stadtrat?

Heidi: Im grossen und ganzen ist das Klima so, dass wir politische Diskussionen gründlich führen und relativ offen austragen. Das ist mir auch wichtig. Ich erwarte nicht, dass wir freundschaftliche Gespräche führen, sondern dass eine politische Auseinandersetzung stattfindet. Und das ist bis jetzt der Fall gewesen.

Forum: Weshalb kandidierst du nochmals?

Heidi: Vier Jahre sind in einem Exekutivamt eine kurze Zeit. Damit ich die Projekte, die ich begonnen habe, realisieren kann, brauche ich mindestens nochmals vier Jahre. Das ist nicht nur für mich befriedigend, sondern bringt auch der Stadt etwas. Zudem wäre es schade

um die Kontakte, die ich mir aufgebaut habe und die in der politischen Arbeit erst jetzt viel bringen.

Forum: Marlies, du bist seit 1994 im Gemeinderat, seit Mai 1997 präsidiert du diesen. Weshalb kandidierst du für den Stadtrat und inwiefern haben sich deine Erfahrungen als Gemeinderatspräsidentin auf die Kandidatur ausgewirkt?

Marlies: Hauptgrund ist sicher, dass mit dem Rücktritt des parteilosen Hans Thalman der Zeitpunkt ideal ist, um den verlorenen SP-Sitz zurückzugewinnen. Das Gemeinderatspräsidium hat mich in Uster bekannter gemacht. Zudem hatte ich durch mein Amt Gelegenheit, hinter die Kulissen der Stadtverwaltung zu schauen. Ein weiterer Grund für die Kandidatur besteht darin, dass mich die Aufgabe herausfordert und ich sie mir auch zutraue.

Forum: Du studierst zur Zeit an der HWV. Wie würdest du Studium und Stadtratsmandat unter einen Hut bringen?



Heidi Vogt und Marlies Hürlimann: Ein eingespieltes Team für den Ustermer Stadtrat!



Heidi Vogt (43) ist seit 1994 Stadträtin. Die gelernte Krankenschwester mit Weiterbildungen in Psychotherapie und Führungsfragen ist Vorsteherin der Abteilung Sicherheit. Ihre politischen Schwerpunkte sind unter anderem: Reorganisation der Abteilung Sicherheit und Pilotprojekt «New Public Management», sozial verantwortliche Redimensionierung des Zivilschutzes, Veränderung der Verkehrskultur und Schritte zur Kostenwahrheit im Verkehr, Ausbau der Märkte. Das Amt als Stadträtin ist für die Mutter von zwei Kindern neben der Familienarbeit, die sie mit ihrem Mann teilt, ihr Hauptberuf.

Marlies: Die HWV ist mir entgegengekommen. Ich werde das letzte Studienjahr in zwei Jahren absolvieren. Somit könnte ich problemlos mindestens 50 bis 60 Prozent meiner Zeit für das Stadtratsmandat aufwenden.

Forum: Heidi, du warst vor vier Jahren mit der Zuteilung des Ressorts Sicherheit nicht ganz glücklich. Jetzt willst du in diesem Ressort bleiben. Was hat diesen Sinneswandel bewirkt?

Heidi: Ich habe mich in viele Themen eingearbeitet, habe mir Kompetenzen angeeignet, die ich jetzt nicht einfach brachliegen lassen will. Zudem interessieren mich nun Bereiche – zum Beispiel die Polizei –, zu denen ich vor vier Jahren noch eine grosse Distanz hatte. Schliesslich fühle ich mich in der Abteilung wohl; ich schätze die gute Zusammenarbeit, die wir pflegen.

Forum: Die Abteilung Sicherheit ist in Sachen New Public Management Pilotabteilung in der Stadtverwaltung. Was bringt NPM der Ustermer Bevölkerung?

Heidi: NPM heisst für mich und auf deutsch gesagt zwei Dinge: erstens begrenzte Mittel bestmöglich einsetzen. Zweitens eine möglichst kundenfreundliche Verwaltung. Die Bevölkerung soll einfacher zu jenen Dienstleistungen kommen, die sie von der Verwaltung zugute hat. Darum werden wir in der Abteilung Sicherheit ein sogenanntes Dienstleistungszentrum aufbauen, wo die Bürgerinnen und Bürger verschiedenste Leistungen an einem Schalter bekommen.

Forum: Solche Veränderungen bedeuten auch Abschied nehmen von Altem. Gibt es bei dem NPM-Projekt Widerstände von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern?

Heidi: Nicht alle können bei solchen Projekten gleich schnell mitziehen. Wichtig ist, dass ich dies berücksichtige, die Ängste der Leute ernst nehme und sie gut informiere. Die Projekte müssen dann in vernünftigem Tempo

Schritt für Schritt realisiert werden. Wichtig ist auch, dass sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterbilden.

Forum: Stichwort Tempo 30. Heidi, du bist mit einer Vorlage am Widerstand des Gemeinderates gescheitert. Ist damit Tempo 30 in Uster weg vom Tisch?

Heidi: Tempo 30 ist ein Dauerthema bei der Polizei. Wir bekommen regelmässig Briefe von Bürgerinnen und Bürger, die in ihren Quartieren zu schnelles Fahren beklagen. Zum Teil kann man diese Probleme mit einfachen Mitteln wie zum Beispiel Verkehrsberuhigung durch versetztes Parkieren lösen. Zum Teil wäre aber Tempo 30 die Lösung. Das Thema ist nicht vom Tisch. Wir werden es wieder aufnehmen und mit dem Parlament eine Lösung suchen, damit auch in Uster möglich ist, was andere Gemeinden schon lange praktizieren.

Forum: Marlies, Stadtratsneulinge können sich ihr Ressort nicht aussuchen. Dennoch: Wenn du gewählt wirst, welches ist dein Wunschressort?

Marlies: Die Städtischen Werke respektive der Hochbau. Mich interessieren energiepolitische Themen sehr, und ich denke, dass ich in diesem Ressort eine noch ökologischere Energiepolitik anregen könnte. Obwohl das Ressort mit dem Ausscheiden von Stadtrat Bosshard frei wird, habe ich natürlich keine Garantie, es zu bekommen. Wer für den Stadtrat kandidiert, muss bereit sein, sich in jedes Ressort einzuarbeiten. Ich denke, mit meiner betriebswirtschaftlichen Ausbildung habe ich gute Voraussetzungen dazu.

Forum: Wenn du gewählt wirst und dein Wunschressort bekommst – wie stellst du dich zur geplanten Privatisierung der Städtischen Werke?

Marlies: Das Geschäft ist in der Geschäftsprüfungskommission intensiv diskutiert worden. Zur Zeit ist es jedoch sistiert. Wird die Diskussion über



Marlies Hürlimann (35) ist seit 1994 im Gemeinderat, den sie seit Mai 1997 präsidiert. Ihr politischen Schwerpunkte sind: Raumplanung und Stadtentwicklung, Energiepolitik, soziale und gesellschaftliche Anliegen, mit Schwerpunkt sozialverträgliche Wirtschaftspolitik. Die ausgebildete Journalistin studiert seit dem Herbst 1996 Betriebsökonomie an der HWV in Winterthur. Marlies Hürlimann ist verheiratet.

die Umwandlung in eine AG wieder aufgenommen, würde ich die Vor- und Nachteile mit allen Beteiligten diskutieren und abwägen. Dass man auf dem Markt mit einer AG aktiver auftreten könnte, begrüsse ich grundsätzlich.

Forum: *Marlies, du hast im Gemeinderat das Energiekonzept für Uster angeregt. Wie würdest du als Vorsteherin der Abteilung Hochbau/Werke die ökologische Energiegewinnung fördern?*

Marlies: Hauptverantwortlich für das Energiekonzept ist zur Zeit nicht mehr die Abteilung Hochbau/Werke, sondern die Abteilung Tiefbau/Planung/Vermessung. Ich könnte daher nur beschränkt Einfluss nehmen. Auf jeden Fall gibt es aber Projekte, die man forcieren könnte, zum Beispiel die Wärmegewinnung aus Grundwasser bzw. Wärmegewinnung im Greifensee, Solarprojekte oder Blockheizkraftwerke. Eine entscheidende Frage wird hier sein, wie viel uns unsere Umwelt wert ist, anders formuliert: Sind wir bereit, kurzfristig für Strom etwas mehr Geld aufzuwenden, um ökologisch Energie zu gewinnen? Langfristig profitieren Menschen und Umwelt von einer solchen Politik.

Forum: *Heidi und Marlies, was muss man in*

der Stadt Uster in den nächsten Jahren anpacken?

Heidi: Die Stadt muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um Erwerbslosigkeit zu verhindern oder wenigstens deren Folgen zu mindern. Das heisst Vermittlung, gute Beschäftigungsprogramme, Wirtschaftsförderung, aber auch Erhöhung der Attraktivität Usters als Ort zum Leben. Dazu gehören also nicht nur gute Arbeitsplatzzonen wie die Loren, sondern auch ein attraktives Stadtzentrum. Der Bushof und die neugestaltete Bankstrasse haben das Gebiet um den Bahnhof massiv aufgewertet. Hoffentlich gelingt es uns jetzt auch, die privaten Grundbesitzer im «Kern» Nord und Süd für ein zukunftsträchtiges Projekt zusammenzubringen.

Marlies: Was die Arbeitslosigkeit betrifft, kann eine Stadt ja nur bis zu einem gewissen Grad etwas tun. Was Heidi sagt, unterstütze ich. Für mich stellt sich noch die Frage, ob sich der Staat antizyklisch verhalten und investieren oder weiterhin sparen soll. Nur: wenn alle sparen, wer soll dann das Wachstum auslösen?

Heidi: In den nächsten Jahren hat Uster Investitionsvorhaben bis zu 20 Millionen Franken

pro Jahr. Wenn wir das durchziehen, verschulden wir uns massiv. Ich bin der Meinung, wir sollten hier zurückhaltend sein und uns nicht allzu stark in die roten Zahlen wagen.

Marlies: Natürlich soll man nicht investieren, bis die Stadt bankrott ist, aber es dürfen auch nicht zu viele – soziale – Anliegen mangels Finanzen unter den Tisch fallen. Wir sollten zwei, drei Jahre etwas mutiger sein und mittels sinnvollen und zukunftsträchtigen Investitionen zum Wirtschaftsaufschwung beitragen.

Heidi: Neben der Stadtentwicklung ist auch die Bildung wichtig. Zu einem attraktiven Standort gehören Blockzeiten und Tageschulen – solche Institutionen werden immer bedeutender. Weiter wird Uster an Attraktivität gewinnen, wenn einmal das Bildungszentrum Hofurren realisiert sein wird. Dass Uster eine eigene Mittelschule haben wird, ist zwar zur Zeit in weiter Ferne, aber es muss ein Ziel bleiben.

Marlies: Die Geschichte um die Blockzeiten in Uster ist ein gutes Beispiel, wo eine etwas mutigere Investitionspolitik angebracht gewesen wäre, indem man nämlich mehr Geld für zusätzlichen Schulraum zur Verfügung gestellt und damit den berechtigten Forderungen der Eltern entsprochen hätte.

Forum: *Was erhofft ihr euch durch eine Zweier-SP-Vertretung im Stadtrat?*

Marlies: Soziale und ökologische Anliegen werden im Stadtrat besser vertreten sein. Zudem ist es einfacher, zu zweit zu arbeiten, man inspiriert sich gegenseitig und kann sich unterstützen.

Heidi: Stimmt, für mich wäre es schön, mit einer Kollegin, die mir nahesteht, im Stadtrat zu sein. Es ist doch seltsam, dass die stärkste Partei im Gemeinderat nur mit einem Sitz in der Exekutive präsent ist. Wir sind ja eigentlich noch immer zu bescheiden. Die FDP steigt mit drei Kandidaten ins Rennen, die EVP mit zwei. Da müssten wir eigentlich mit vier antreten. Eine Zweier-Vertretung ist absolut gerechtfertigt.

Interview: Rolf Murbach

Ustermer Stadtratswahlen: Anspruch der SP auf zwei Sitze gerechtfertigt

Der unersättliche Machthunger der FDP

Am 15. März entscheidet sich in Uster viel: Nicht nur erhält unsere Stadt nach zwölf Jahren Hans Thalmann ein neues Stadtoberhaupt, es entscheidet sich auch, ob der vom parteilosen, sozial-liberalen Stadtpräsidenten gehaltene Sitz an einen wirtschaftsliberalen Freisinnigen fällt oder zurück zur SP kehrt, die diesen Sitz wegen einer Parteispaltung Anfang der 80er Jahre verloren hat.

Von Stefan Feldmann

Die Ausgangslage ist eigentlich klar und einfach: Mit dem Rücktritt des sozial-liberalen Stadtpräsidenten Hans Thalmann wird ein Sitz in der Ustermer Exekutive frei, der, da Thalmann vor seiner Wahl zum Stadtpräsidenten 1986 aus der FDP ausgetreten ist, an keine Partei gebunden ist. Wer aber soll nun diesen Sitz erben? Gleich drei Parteien, die SP (mit Marlies Hürlimann-Arnold), die FDP (mit Rolf Zaugg) und die EVP (mit Alfred Franz) haben Anspruch auf diesen Sitz angemeldet. Doch gerechtfertigt ist einzig der Anspruch der SP.

FDP: Aus 17 mach 43 Prozent

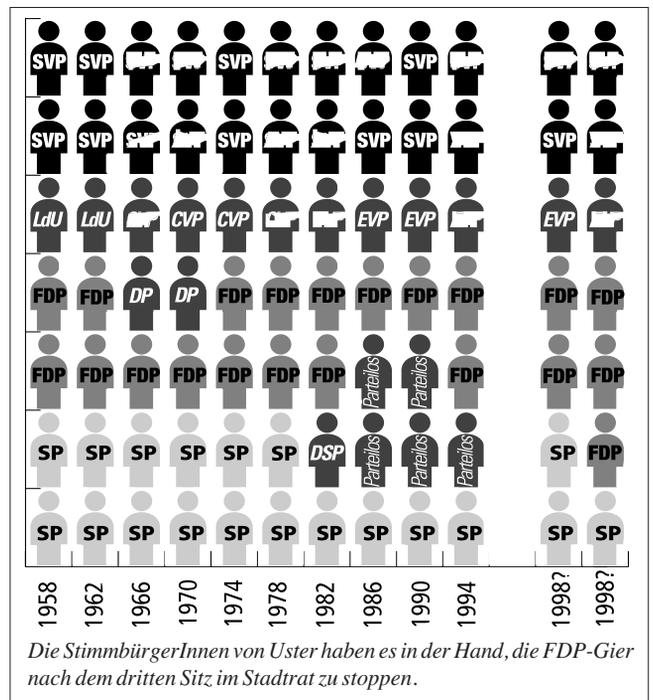
Gewichtigstes Argument für einen zweiten SP-Sitz in der Exekutive ist der Stimmanteil der Parteien bei den letzten Gemeinderatswahlen: Die SP konnte als stärkste Partei 23 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, die FDP kam mit 17 Prozent hinter der SVP nur auf Platz 3, und die EVP etablierte sich mit 10 Prozent auf dem vierten Rang. Die gesamtschweizerischen Wahlergebnisse der letzten Monate deuten daraufhin, dass bei den Wahlen vom 15. März die SP eher noch zulegen dürfte, während FDP und EVP eher stagnieren. Aus diesen Zahlen lässt sich folgendes ableiten: Die SP liegt mit ihrer Forderung nach einer Doppelvertretung im Stadtrat (28 Prozent der Sitze) relativ nahe bei ihrem Wahlanteil von 23 Prozent, während FDP (17 Prozent Wahlanteil, 43 Prozent der Stadtratssitze) und EVP (10 Prozent Wahlanteil, 28 Prozent der Stadtratssitze) ganz eindeutig überhöhte Ansprüche stellen.

Die Ustermer Zauberformel

Der SP-Anspruch auf zwei Stadtratssitze lässt sich auch historisch belegen. Von den 50er bis in die 80er Jahre gab es in Uster so etwas wie eine «Ustermer Zauberformel» (vgl. obenstehende Grafik). Diese bestand aus je zwei Vertretern von SP, SVP, FDP (die während acht Jahren einen ihrer Sitze ihrem Juniorpartner DP überliess) und einem Vertreter einer kleinen Partei. Ihr Ende fand die Zauberformel Anfang der 80er Jahre durch die Abspaltung des rechten SP-Flügels, welcher die inzwischen aufgelöste DSP bildete. Diese Splitterpartei besetzte zwischen 1982 und 1986 einen Sitz, welchen sie aber 1986 an den nun zurücktretenden Stadtpräsidenten Hans Thalmann verlor.

Rätseln über Beweggründe

Warum aber will die FDP nun einen dritten Sitz im Stadtrat? Wenn wir einmal die naiv-lächerliche Begründung der FDP («Gute Kandidaten soll man dem Wahlvolk nicht vorenthalten») beiseite lassen, gibt es eigentlich nur zwei mögliche Beweggründe:



1. Die FDP gibt sich ihrem urstillbaren Machthunger hin und will trotz stagnierendem Wähleranteil und geschwächter Position innerhalb des Bürgerblockes drei Sitze erobern, weil sie eine Doppelvertretung der SP in jedem Fall verhindern will. Oder: 2. In der FDP steht einer der beiden bisherigen AmtsinhaberInnen (Rolf Aepli, Elisabeth Surbeck) unter Beschuss. Die Partei bringt aber nicht den Mut auf, sie/ihn fallen zu lassen und portiert stattdessen drei KandidatInnen mit der Hoffnung, wenn es schon nicht zu drei Sitzen reiche, möge wenigstens der/die Ungeliebte auf der Strecke bleiben.

Politische Korrektur

Fassen wir kurz zusammen: 1. Der Anspruch der SP auf einen zweiten Stadtratssitz ist sowohl politisch wie historisch gerechtfertigt. 2. Die FDP und die EVP stellen gemessen an ihrem Wähleranteil überrissene Ansprüche. Zu diesen beiden Argumenten gesellt sich schliesslich noch ein drittes: Die Gewichtung der politischen Themen durch den Stadtrat muss sich ändern, wollen die Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden. Den sozialen Anliegen einer Mehrheit der Ustermer Bevölkerung wurde in den letzten vier Jahren durch den Stadtrat nicht genügend Rechnung getragen. Durch das Ausscheiden des sozial-liberalen Stadtpräsidenten wird nun der progressive Teil des Stadtrates geschwächt. Die Ustermerinnen und Ustermer müssen sich deshalb am kommenden 15. März entscheiden, ob sie mit der Wahl eines wirtschaftsfreisinnigen Bankers die Seite der unsozialen Deregulierer stärken, oder nicht lieber mit der Wahl einer zweiten SP-Frau ein Zeichen für ein sozialeres und solidarischeres Uster setzen wollen.

Stadtratswahlen: Warum Uster zwei SP-Stadträtinnen braucht

Die SP mit zwei Sitzen in die Pflicht nehmen

Die sozialen und wirtschaftlichen Probleme unseres Landes und unserer Stadt brauchen neue Lösungen. Damit sie aber umgesetzt werden können, müssen alle grossen Parteien gleichermassen in diesen Prozess eingebunden und in die Pflicht genommen werden können. Ein wichtiger Grund, weshalb der ehemalige SP-Stadtrat Ludi Fuchs eine Zweiervertretung der SP im Ustermer Stadtrat für unabdingbar hält.

Von Ludi Fuchs

Es ist wieder soweit: Wahlzeit. Auf einen Schlag scheint die Kommunalpolitik wieder etwas Spannendes und Interessantes zu sein. Podien werden organisiert und Interviews geführt und unzählige Portraits lächeln uns von Plakatwänden und aus Zeitungsinseraten entgegen. Alles wie gehabt?

Drastische Veränderungen

Es scheint so – und doch: einiges hat sich seit den letzten Wahlen verändert. Ich meine damit nicht die Zeitung, die sich immer noch «Anzeiger von Uster» nennt und mit Uster doch eigentlich nicht mehr viel zu tun hat, sondern vielmehr die aktuellen Probleme, welche die Menschen heute beschäftigen. Dies ist vor allem die wirtschaftliche Situation, die sich in den letzten Jahren drastisch verändert hat. Ständen zu meiner Stadtratszeit vor allem noch die lokalen Verkehrsprobleme zuoberst in der politischen Traktandenhitparade, so ist es heute die omniprésente Unsicherheit in bezug auf den Arbeitsplatz, die immer mehr Menschen auch in unserer Stadt beschäftigt.

Zuerst sah es ja so aus wie des öfteren, dass auf eine Phase der Hochkonjunktur eine wirtschaftliche Flaute folgt, die dann nach einiger Zeit wiederum einem Höhenflug Platz macht. Diese Einschätzung ist langsam aber sicher der realistischen Sichtweise gewichen, dass wir es heute mit einer Krise von einer ganz neuen Qualität zu tun haben. Wachstum der Umsätze, der Produktion und vor allem der Gewinne sind nicht mehr identisch mit Wachstum von Arbeitsplätzen – im Gegenteil.

Lösungen statt Losungen

Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass auch in unserer Stadt mittlerweile hunderte und im Bezirk sogar tausende von Menschen arbeitslos geworden sind. Die Wiedereingliederung dieser Menschen und diejenigen, die als «überflüssige Arbeitskräfte» in den nächsten Jahren noch zu ihnen stossen werden, stellen heute und morgen die grösste Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft dar. Patentlösungen sind nicht in Sicht, weil es sie schlicht und einfach nicht gibt. Wer das Gegenteil behauptet, ist nichts anderes als ein politischer Marktschreier, der mit Losungen hausiert, anstatt Lösungen zu suchen. Ich bin auch überzeugt, dass dieses Problem in Zukunft nicht mehr mit Mitteln aus der Vergangenheit gelöst werden können. Neue Wege müssen gefunden werden und diese können wiederum nur zusammen von denjenigen gefunden werden, deren Mitverantwortungsgefühl noch intakt ist.

Gewaltige Arbeit

Neue Koalitionen müssen gesucht und gefunden werden. Pakte der Vernunft zwischen ArbeitnehmerInnen, UnternehmerInnen und GewerblerInnen, zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen müssen eingegangen werden. Diejenigen Kräfte, die an der Weiterexistenz des sozialen Friedens interessiert sind, müssen alles daran setzen, um der Problematik der Ausgrenzung und Verarmung schon in ihren Anfängen offensiv entgegenzutreten. Der kommunalen Parteipolitik fällt hier eine wichtige Rolle zu: Um Lösungsansätze zu suchen, zu finden, weiterzuentwickeln und dann auch umzusetzen, um diese gewaltige Arbeit leisten zu können, braucht es PolitikerInnen, die bereit sind, neue Wege zu gehen. PolitikerInnen, die fähig und willens sind, solche Ansätze gemeinsam im Team zu entwickeln und diese auch gegen aussen und gegenüber den eigenen WählerInnen zu vertreten, auch wenn sie nicht immer populär sind. Diese Fähigkeiten, umgesetzt in einer Mehrparteienregierung, wie wir sie in unserem Land, Kanton und auch in unserer Stadt kennen, müssen meiner Meinung nach bei den zu wählenden PolitikerInnen im Mittelpunkt stehen.



Ludi Fuchs weiss, was es heisst, alleine gegen eine bürgerliche Übermacht im Stadtrat zu stehen: von 1986–1994 war er einziger SP-Vertreter in der Ustermer Exekutive. Den Anspruch der SP auf zwei Sitze ist für ihn mehr als gerechtfertigt.

Gleichstarke Vertretung

Dazu kommt, dass die drei Parteien, die den grössten Teil der wählenden Bevölkerung vertreten (SP, SVP, FDP), auch paritätisch in der Stadtregierung eingebunden und so gleich stark in die Pflicht genommen werden sollten. Anders ausgedrückt: Auch die Sozialdemokratische Partei muss in Zukunft unbedingt wieder mit zwei Stimmen in diesem Gremium vertreten sein.

Ihre Stadtratsmitglieder haben immer wieder bewiesen, dass sie die obgenannten Fähigkeiten mitbringen und den Ansprüchen der Teamfähigkeit in hohem Masse gerecht werden. Unsere beiden Kandidatinnen Heidi Vogt und Marlies Hürlimann erfüllen die heute von Regierungsmitgliedern verlangten Anforderungen voll und ganz und werden sich um die erwähnten Problemlösungen bemühen, welche die Weiterexistenz des sozialen Friedens auch in unserer Stadt zum Ziel hat.

Rückblick der Fraktionspräsidentin auf die Legislaturperiode 94-98

Viele Denkanstösse gegeben

«Wahlag ist Zahlag», sagt der Volksmund. Und weil dem so ist, will ich Ihnen hier darlegen, was die Vertreterinnen und Vertreter der SP-Gemeinderatsfraktion in den letzten vier Jahren alles erreicht, wofür sie sich eingesetzt und wo sie Anstösse zu einem politischen Prozess gegeben haben.

Von Beatrice Jungholz Zobrist

Grundsätzlich ist zu bemerken - und manchmal bekomme ich den Eindruck, dass dies die Basis und die Symphasianten der SP etwas vergessen - dass wir uns per se im Gemeinderat immer in einer Minderheitsposition befinden und immer erst GemeinderätInnen anderer Parteien von unserem Anliegen überzeugen müssen, ansonsten wir keine Chance haben. Ein typisches Beispiel von bürgerlicher Dominanz war im letzten Jahr die Ersatzwahl in die Parlamentarische Raumplanungskommission. Nach den letzten Wahlen 1994 bestand eine Übereinkunft innerhalb der Interfraktionellen Konferenz, dass der SP in dieser Kommission drei Sitze zustehen. Der Bürgerblock nahm im Januar 96 den Rücktritt eines SP-Mitglieds aus dem Gemeinderat aber zum Anlass, gesamt-bürgerliche Überlegungen in den Vordergrund zu stellen. Mit anderen Worten, ein bürgerlicher Kandidat wurde gewählt, anstatt der von uns portierten Gemeinderätin!

Das haben wir erreicht

Was hat nun die SP-Fraktion in der letzten Legislaturperiode erreicht? Eine kleine Auswahl:

- Beiträge an die familienergänzende Betreuung (Auslöser für die FEB-Beiträge war ein Postulat der SP anfangs der 90er Jahre, was zur Bildung einer Arbeitsgruppe führte, die sich diesem Anliegen mit Erfolg annahm.)
- Verordnung nächtliches Dauerparkieren
- Schaffung zusätzlicher Lehrstellen in der Stadtverwaltung
- Berufspraktikum für stellenlose LehrgängerInnen
- Erwerbslosenprojekte und Beschäftigungsprogramme
- Neue Arbeitszeitmodelle (Postulat überweisen)
- Ergänzender Arbeitsmarkt (Motion eingereicht. Sämtliche Vorstösse im Zusammenhang mit Erwerbslosigkeit kamen von der

SP. Ohne unsere Initiative wäre in dieser dringenden Sache kaum etwas passiert.)

- Energiekonzept (Dank einem Vorstoss von unserer Seite hat der Stadtrat einen Auftrag für eine kommunale Energieplanung erteilt.)
- Unterstützung Jugendparlament
- Einbürgerungsverfahren (Postulat überwiesen)

In vielen Bereichen hat die SP aber auch wichtige Denkanstösse gegeben:

- Blockzeiten Primarschule (Die Einzelinitiative zur Einführung der Blockzeiten an der Primarschule erhielt wesentliche Unterstützung von SP-Seite.)
- Leitbild Primarschule



SP-Fraktionspräsidentin Beatrice Jungholz Zobrist zieht eine vorwiegend positive Bilanz der letzten Legislaturperiode. (Foto: F. Tapernoux)

- Umsetzung Konzept «Uster Mitte»
- Gestaltung öffentlicher Spielplätze

Wo wir abgeblockt wurden

Natürlich hatten wir nicht immer Erfolg mit unseren Vorstössen und Ideen. Hier eine Auswahl der Geschäfte, bei denen sinnvolle SP-Vorschläge abgeblockt wurden:

- Stadthausenerweiterung (Unsere Motion für eine Erweiterung des Stadthauses wurde im Herbst 96 zugunsten einer umfassenden Gestaltung des gesamten Kerns abgeschrieben. Von der SP-Fraktion sind wir nicht grundsätzlich gegen diese Idee. Jedoch wer-

den wir opponieren, falls grosszügige finanzielle Entschädigungen an private Grundeigentümer geplant sind.)

- Tempo 30-Zone im Sonnenbergquartier
- Wiederholte Kürzungen beim Voranschlag (Bei sämtlichen Budgetberatungen hat sich die SP mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass im Parlament keine Kürzungen in den Bereichen Kultur, Öffentlichkeitsarbeit und Städtepartnerschaften erfolgen. Für ein lebendiges Gemeinwesen finden wir es zwingend, Kontaktmöglichkeiten innerhalb der Stadt und nach aussen zu fördern.)
- Weiter wurden zahlreiche Anfragen eingereicht, welche von der Nutzung des Areals des Eidgenössischen Zeughauses über die Alterspolitik und die Suchtprävention bis hin zur sprachlichen Gleichstellung von Frau und Mann im Schriftverkehr der Stadt Uster reichten.

Spannende Arbeit

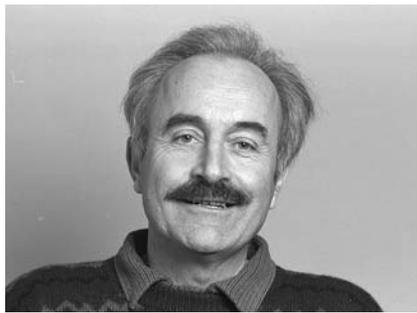
An Ideen, was politisch weiter an die Hand zu nehmen wäre, mangelt es uns in der Fraktion nicht. Die meisten von uns würden sich gerne stärker für kommunale SP-Anliegen einsetzen. Es ist die Realität als FreizeitpolitikerInnen, die uns mit einer beschränkten zeitlichen Belastung konfrontiert!

Nach sechs Jahren Ratszugehörigkeit finde ich die Arbeit im Gemeinderat trotz der oben erwähnten Rahmenbedingungen lehrreich und anregend, spannend sowie informativ. Lehrreich und anregend in der Art, als politische Arbeit auch als eine Art qualifizierte Weiterbildung angesehen werden kann, bei der die oder der Gewählte persönlich und beruflich einiges profitiert. Spannend in dem Sinn, als in der Rechnungsprüfungskommission und manchmal auch im Rat, unerwartete Mehrheiten entstehen können, die unsere Position stärken. Und last but not least erfährt ein Ratsmitglied einiges über Uster, und wer was wo zu sagen hat – oft sehr aufschlussreich ...

Viele Rücktritte kennzeichneten die letzte Legislaturperiode der SP-Gemeinderatsfraktion: Zu vier Rücktritten während der Amtszeit kommen nun noch die Rücktritte von Lydia Hässig, Felice Baumgartner und Robert Inderbitzin, die sich nicht mehr zur Wahl stellen.



Marlies Hürlimann-Arnold (35, Oberuster), Journalistin BR/Studentin. Gemeinderätin seit 1994. Sie gehört seit vier Jahren dem Gemeinderat an, welchem sie dieses Jahr als umsichtige Präsidentin vorsteht. Obwohl Mitglied der Raumplanungskommission, konzentriert sie ihre politische Arbeit nicht nur auf Planungsfragen – soziale und ökologische Anliegen vertritt sie ebenso vehement. So hat sie mit einem Vorstoss die Erarbeitung eines Energiekonzeptes für Uster angeregt und als Co-Präsidentin der Arbeitsgruppe Schule massgeblich zum SP-Schulleitbild beigetragen – ein Schulleitbild, welches weit über die Ustermer Grenzen hinaus Beachtung gefunden hat. Marlies Hürlimann kandidiert auch als Stadträtin.



Laurenz Steinlin (56, Nossikon), Dr.phil., Vize-Schulleiter an der Berufsmittelschule Wetzikon, Gemeinderat seit 1986. Als Präsident der Arbeiter-Union erteilt er regelmässig am Donnerstagabend Rechtsauskunft im Arbeits- und Mietrecht und füllt Steuererklärungen für schweizerische und ausländische Ratsuchende aus. Dabei hat er festgestellt, dass das Steueramt Uster jahrzehntelang Abzüge klammheimlich ohne Mitteilung an die lohnabhängigen Steuerpflichtigen wegstrichen hat. Als erfahrener Gemeindepolitiker – er war im Jahr 1992/93 Parlamentspräsident – hat er sich bei der Geschätsprüfung im Gemeinderat dafür eingesetzt, dass diese gesetzeswidrige Praxis in Uster abgestellt wurde.



Beatrice Jungholz Zobrist (52, Nossikon), Supervisorin/Sozialarbeiterin. Gemeinderätin seit 1992, Fraktionspräsidentin seit 1994. Sie hat sich soeben als Supervisorin selbstständig gemacht. Zuvor war sie als Sozialarbeiterin tätig und wurde dabei auch mit den Auswirkungen der steigenden Arbeitslosigkeit konfrontiert. Diese Entwicklung beschäftigt sie sehr, und sie hat im Gemeinderat mehrere Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Sie ist überzeugt, dass nur durch eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Köpfe Erwerbslose wieder in den Arbeitsprozess integriert werden können. Die Entstehung einer Zweidrittelgesellschaft zu verhindern, erklärt sie zu ihrem zentralen Anliegen.



Angela Schmalz (45, Nossikon), Sozialarbeiterin/Familienfrau. Gemeinderätin seit 1997. Sie wohnt und arbeitet seit vielen Jahren in Uster und kennt die Anliegen der Bevölkerung, im speziellen von Familien und Kindern, sowohl von ihrer Arbeit wie auch als Mutter zweier Kinder. Sie hat mitgeholfen den Kinderhort Muulwurf aufzubauen und hat sich in der Arbeitsgruppe Familienergänzende Betreuung für eine soziale Tarifpolitik eingesetzt. Zu einer zukunftsweisenden Familienpolitik gehört für sie aber auch ein schonender Umgang mit der Umwelt. Was ihrer Meinung nach in Uster noch fehlt ist eine Tagesschule und ein grösseres Engagement der Stadt in Sachen Mittagstische.



Stefan Feldmann (27, Oberuster), Journalist BR. Gemeinderat seit 1997. Er ist in Uster aufgewachsen und kennt daher die Anliegen und Bedürfnisse der Jungen sehr genau. Dass die Jugend auch heute noch von vielen Politikerinnen und Politikern nicht ernst genommen wird, stört ihn. Mit einem Vorstoss hat er sich deshalb für die Anerkennung des neugegründeten Jugendparlamentes eingesetzt. Und als kleiner Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verlangt er von der Stadt, dass sie künftig bei der Vergabe von Aufträgen jene Firmen bevorzugt, die Lehrlinge ausbilden. Er setzt sich für eine jugendfreundliche Stadt ein, aber auch für ein vorurteilsfreies Miteinander von Jung und Alt.



Rolf Graf-Ganz (43, Niederuster), eidg. dipl. Buchhalter. Er ist Vorstandsmitglied des neuen, sozial ausgerichteten Vereins «Refugium» und setzt sich dort für Personen ein, die am Rande unserer Gesellschaft stehen. Auch diese Menschen haben Bedürfnisse. Bedürfnisse, die in der Politik künftig wieder vermehrt berücksichtigt werden müssen. Früh hat er auch in der überparteilichen Arbeitsgruppe Drogenpolitik an einer Analyse der bestehenden Angebote und Lücken im Drogenbereich der Stadt Uster mitgearbeitet und sich für die Platzierung von Spritzen-Automaten in Uster eingesetzt. Seit 1995 ist er zudem als Kassier im Vorstand der SP Uster aktiv.



Christian Wüthrich (44, Oberuster), Leiter Pflegedienst Alters- und Pflegeheim. Er erfährt als diplomierter Krankenpfleger die rasante Entwicklung im Gesundheitswesen am eigenen Leibe und sieht, dass die Kostenumverteilung mittelfristig zu einer Zweiklassen-Medizin führt. Er wehrt sich dagegen, dass durch den Abbau von staatlichen Leistungen immer mehr Kosten den sozial Schwächeren aufgebürdet werden. Er setzt sich deshalb für eine obligatorische Krankenversicherung ein, die nicht ausschliesslich durch Kopfprämien finanziert wird. In den letzten vier Jahren hat er sich als Mitglied der Gesundheitsbehörde für eine ökologische, wirtschaftlich bezahlbare Abfallentsorgung eingesetzt.



Dagmar Anderes (26, Gschwader), Journalistin. Sie ist in Uster aufgewachsen und hat sich schon früh dafür interessiert, was in «ihrer» Stadt alles geschieht. Dank ihrer Arbeit als Journalistin ist sie zudem auf dem laufenden, was die Ustermer Bevölkerung beschäftigt. Dass auch in Uster in den letzten Jahren immer mehr Leute ihre Stelle verloren haben, bereitet ihr grosse Sorge. Sie ist überzeugt, dass bei der Verteilung der Arbeit neue Wege beschritten werden müssen, sei es durch neue Arbeitszeitmodelle, sei es durch eine Erhöhung des Stellenwertes der Nichterwerbsarbeit. Und sie ist überzeugt, dass die Stadt Uster im Arbeits- und Umweltbereich eine Vorreiterrolle übernehmen kann.



Peter Mathis-Jäggi (44, Oberuster), Lokomotivführer. Er wohnt seit sechs Jahren in Uster und hat die Stadt durch seine Mitarbeit in der Feuerwehr kennen und schätzen gelernt. Die Vielfalt der Meinungen und Lebenshaltungen sind für ihn ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität. Es gibt für ihn aber auch Dinge, die durchaus noch verbesserungsfähig sind. So findet er zum Beispiel, dass es um den öffentlichen Verkehr in Uster besser bestellt sein könnte. Ein funktionierendes öffentliches Verkehrssystem trägt mit zur Attraktivität einer Stadt als Wirtschaftsstandort bei. Bessere Verbindungsmöglichkeiten ins Zentrum und an die S-Bahn sind ihm deshalb ein wichtiges Anliegen.



Barbara Thalmann (32, Kirchuster), Architektin ETH. Vorstand Jugend- und Freizeithaus.



Stefan Lötscher (27, Riedikon), kfm. Angestellter. Gewerkschaft VSTTB, WWF, Homosexuelle Arbeitsgruppen Zürich.



Regula Eschle-Kunz (35, Kirchuster), lic. iur./Familienfrau. VCS, Gegav, Greenpeace, WWF, Vizepräsidentin Baugenossenschaft Glattal.



Michael Messmer (46, Oberuster), Sozialpädagoge. Vorstand Wogeno Uster, Vorstand Genossenschaft Sonne.



Ruth Aschwanden (40, Oberuster), Sachbearbeiterin. amnesty international, WWF.



Kurt Hemmann (38, Wermatswil), Sozialpädagoge. VCS, SAH, Naturfreunde.



Oli Sennhauser (26, Kirchuster), Goldwäscher. Vorstand SP Uster.



Rosemarie Gartmann (46, Niederuster), Familienfrau. Pro natura, VCS, Verein 3. Welt-Laden Zürich.



Alfred Gut (45, Oberuster), Musiklehrer/Electronic Publisher. Vorstand MusiklehrerInnen-Verband Zürich, VPOD, Redaktion FORUM.



Annalena Moser (18, Oberuster), Kantonschülerin. Mitglied Jugendparlament Uster, Juso Zürich, Greenpeace.



Karin Dieziger (28, Kirchuster), Sozialarbeiterin/Studentin.



Urs Eschle (36, Kirchuster), Fernmeldespezialist.



Bruno Schwarz (49, Kirchuster), Sozialarbeiter.



Lennie Overdulve (47, Wermatswil), Heilpädagogin. Vorstand SP Uster.



Christoph Strucken (22, Wermatswil), Student. Leiter Ten Sing Uster.



Marc Müller (40, Nossikon), kfm. Angestellter/Landschaftsgärtner. Ehemaliges Mitglied Umweltkommission SP Kanton Zürich.



Käthi Oetiker (46, Oberuster), Sozialpädagogin.



Daniel Weiss (42, Nossikon), Elektroingenieur HTL.



Erika Kummer (53, Nänikon), Stipendienberaterin. Ehemalige Präsidentin SP Greifensee, ehemalige Bezirksschulpflegerin.



Verena Witzig (18, Kirchuster), Kantonschülerin. Juso Zürich, Züri autofrei, WWF.



Andreas Kisch (51, Nänikon), lic. phil./Ausbildner. Ehemaliger Oberstufenschulpfleger, VCS, WWF.



Margrit Enderlin (61, Kirchuster), Musikredaktorin. Jazzclub Uster, Helvetas, SSM, Redaktion FORUM.



Konrad Weiss (36, Nossikon), Musiker/Komponist. Greenpeace, WWF.



Elisabeth Schlegel-Meisser (40, Gschwader), kfm. Angestellte/Familienfrau. Ehemaliges Mitglied Gesundheitsbehörde, amnesty international.



Annemarie Geiger Künzler (47, Nossikon), Lehrerin. Ehemalige Primarschulpflegerin.



Urs Strasser (44, Kirchuster), Dr. phil./Seminarlehrer. Vizepräsident Primarschulpflege.



Regula Schübach (40, Kirchuster), Ergotherapeutin/Familienfrau.

Heidi Vogt & Marlies Hürlimann und Liste 1

Für ein sozialeres Uster



Lohn-, Miet- und Steuerpolitik: Die Kleinen zahlen, die Grossen sahen ab

Familien-Budgets aus dem Gleichgewicht

In der gegenwärtigen Krisenzeit verharren die Löhne auf gleichbleibendem Niveau. Wenn die Teuerung nicht ausgeglichen wird, sinken die Löhne real nach Kaufkraft berechnet sogar. Bei den Opfern von Änderungskündigungen ist eine Lohnkürzung die Regel. Wie kann in diesen harten Zeiten das Budget junger Familien noch im Gleichgewicht gehalten werden?

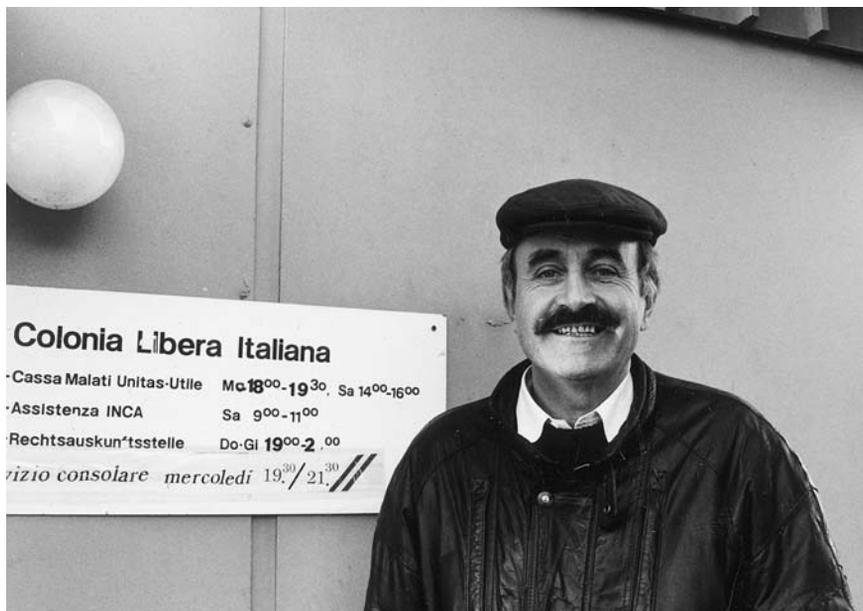
Von Laurenz Steinlin

Drei dicke Posten haben in den letzten Jahren in zahlreichen Familienbudgets Zusatzgewicht bekommen: die Mieten, die Krankenkassen-Prämien und die Steuern. Eine sozialpolitische Korrektur muss deshalb hier ansetzen.

Bockige Hauseigentümer

Bei meiner wöchentlichen Beratertätigkeit auf der Rechtsauskunftsstelle der Arbeiter-Union und des Mieterverbandes habe ich erlebt, wie pünktlich die Mieten vor wenigen Jahren mit steigendem Hypozins erhöht worden sind. Jetzt, bei fallenden Hypothekarzinsen, versuchen die grossen Liegenschaften-Verwaltungen einen Teil der Mietzinssenkung auf dem eigenen Konto zu behalten, indem sie von mangelnder Orts- und Quartierüblichkeit schreiben, eine Behauptung, die zuerst mit einem komplizierten Vergleichsmiete-Verfahren bewiesen werden müsste. Viele private Hauseigentümer geben die Hypozinssenkungen schlichtweg nicht an ihre Mieterinnen und Mieter weiter. Was ist zu tun? Die betroffene Mieterschaft muss die Senkung schriftlich auf den nächsten Kündigungstermin von den Vermietern verlangen.

Weil die bürgerliche Mehrheit in der Zürcher Regierung, diktiert vom freisinnigen Finanzdirektor Eric Honegger, nur die Hälfte der möglichen Verbilligungen auszahlt, steigen die Krankenkassen-Prämien für junge Familien Jahr für Jahr weiter. Dabei ist mit der Einführung des neuen Krankenversicherungsgesetzes das Gegenteil versprochen worden. Was ist zu tun? Die unsozialen Kopfprämien müssen fallen und auf indirekte Steuern und Beiträge umgelagert werden, die dem Einkommen und dem Vermögen angepasst sind, wie es die SP-Gesundheits-Initiative verlangt (vgl. auch Artikel auf Seite 19).



Laurenz Steinlin (56) ist Vizeschulleiter der Berufsmittelschule Wetzikon und Präsident der Arbeiter-Union Uster. Seit 1986 ist er Gemeinderat. Er kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 2). (Foto: F. Tapernoux)

Bürgerliche Steuerschlupflöcher

In dieser Zeit des spitzen Rechnens der Durchschnittsfamilien ist es besonders stossend, wenn Börsengewinnler wie Ebner und sein Kumpan Blocher (Präsident der SVP-Kantonalpartei) massgeschneiderte Steuerschlupflöcher für ihre Millionen finden, um nicht angemessen steuern zu müssen. Doch die berechtigte Aufregung dürfen wir nicht an diesen beiden Personen abreakieren; sie machen, was legal ist. Unser politischer Ärger muss sich gegen die bürgerliche Parlamentsmehrheit in Bern (FDP, CVP, SVP) richten, die in den Steuergesetzen diese Schlupflöcher für die Reichen und Superreichen geschaffen hat. Für die Normalverdienenden lohnt sich der Ortswechsel in eine steuergünstige Gemeinde eines Nachbarkantons nicht, da die Umzugskosten höher als die Steuervorteile sind. Ebner aber saht so Millionen ab.

Gesetzwidriges Ustermer Steueramt

Ein besonderes Beispiel von Steuerungerechtigkeit hat sich jahrzehntelang das Steueramt Uster

geleistet: In den Haupteinschätzungsjahren hat der Steuersekretär von Lohnabhängigen Steuererklärungen abgeändert, ohne den Betroffenen eine Mitteilung zu versenden, wie es das kantonale Steuergesetz in einem solchen Fall zwingend vorschreibt. Nach gemeinsamem Protest aller Ustermer Treuhänder beim Finanzdirektor ist diese gesetzwidrige Praxis für die Erklärungen, welche diese Steuerexperten ausfüllen, anfangs der 90er Jahre abgestellt worden – nicht aber für alle anderen, die ihre Steuererklärung selber ausfüllten und einreichten.

Der aufsichtspflichtige Chef der Einschätzungsabteilung 10 (im Uster 77 an der Zürichstrasse) hat dieses Vorgehen toleriert und gedeckt, ebenso der oberste Chef des kantonalen Steueramtes. Trotzdem habe ich mich in der Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates dafür eingesetzt, dass Rechtsgleichheit für alle Steuerpflichtigen in Uster verwirklicht wird. Dies ist 1997 endlich entsprechend dem Steuergesetz geschehen, so dass alle Lohnabhängigen informiert werden und ihr Recht auf Rekurs gegen zu hohe Steuern wahrnehmen können.

Arbeitslosigkeit: Wie weiter?

GegAv – Lichtblick am Horizont

Eines der grössten Probleme unserer Zeit ist die Problematik im Arbeitslosenbereich. Die steigende Zahl von Erwerbslosen stellt uns vor die grosse Herausforderung neue Wege, neue Ideen im Bereich der Arbeit und der Arbeitsverteilung zu finden.

Von Beatrice Jungholz Zobrist

Die Rahmenbedingungen der weltweiten Marktwirtschaft verändern sich in schnellem Tempo und beeinflussen auch den schweizerischen Arbeitsmarkt in einer umfassenden Art und Weise. Es bleibt ungewiss, auf welche wirtschaftliche Normalität die Bevölkerung sich in Zukunft einzustellen hat. Mit grösster Wahrscheinlichkeit kann jedoch vorausgesagt werden, dass die Voraussetzungen für die Rückkehr zu einer stabilen Wohlstandsentwicklung nicht mehr gegeben sind.

Arbeit definiert die soziale Stellung

Die Erwerbsarbeit wird knapper und anspruchsvoller, und immer mehr Menschen werden vom Arbeitsprozess ausgegrenzt. Vollbeschäftigung wird mit grösster Wahrscheinlichkeit kaum mehr verwirklicht werden können. Da die Erwerbsarbeit auch die soziale Stellung definiert, grenzt Arbeitslosigkeit nicht nur finanziell, sondern auch gesellschaftlich aus.

Unsere Gesellschaft geht einer zusätzlichen Gefahr entgegen, nämlich jener von sozialen Unruhen. Wächst die Kluft zwischen arm und reich so weiter wie in den letzten zwanzig Jahren, wird dies unweigerlich zu gesamtgesellschaftlichen Problemen führen. Aus diesem Grund sollte es auch von bürgerlicher Seite ein Anliegen sein, keine Anstrengungen zu unterlassen, die Gegensätze wieder kleiner werden zu lassen.

Integration von Erwerbslosen

Es braucht eine Vielfalt von Beschäftigungsprogrammen, damit die berufliche und soziale Integration der Erwerbslosen nicht gefährdet ist. Daneben können mit dem Ergänzenden Arbeitsmarkt Rahmenbedingungen geschaffen werden, um neue Arbeitsplätze in den Bereichen Umwelt und Soziales zu schaffen. Ausserdem sollten Empfängerinnen und Empfänger von Fürsorgeleistungen in Zukunft im Rahmen



Beatrice Jungholz Zobrist (52) ist selbständige Supervisorin. Seit 1992 ist sie Gemeinderätin. Sie kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 3). (Foto: F. Tapernoux)

ihrer Möglichkeiten dazu verpflichtet werden können, Arbeitsleistungen im Interesse des Gemeinwohls zu erbringen. Damit kann ihr psychisches Wohlbefinden gesteigert werden und ihre soziale Integration ist gewährleistet.

Darüberhinaus müssen aber auch neuartige Lösungsansätze in Angriff genommen werden. Dank der lancierten GegAv-Initiative haben wir jetzt ein wirksames Instrument in der Hand. Mit einer Neuverteilung der Arbeit soll die Spaltung der Gesellschaft in Erwerbsarbeitsbesitzende und Erwerbsarbeitslose verhindert werden.

Die Anliegen der GegAv

Die Initiative der Gesellschaft für eine gerechte Arbeitsverteilung (GegAv) vertritt im wesentlichen folgende Punkte:

- Alle Frauen und Männer im erwerbstätigen Alter sollen ihren Unterhalt durch bezahlte Arbeit zu angemessenen Bedingungen bestreiten können, insbesondere durch Verkürzung der Arbeitszeiten und Förderung verschiedener Formen der Arbeitsverteilung.
- Eine gleichberechtigte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Nichterwerbs-

arbeit sowie von Diensten im Interesse der Allgemeinheit soll zwischen den Geschlechtern ohne soziale und berufliche Benachteiligung möglich sein.

- Allen Menschen im erwerbstätigen Alter soll eine angemessene berufliche Weiterbildung oder Umschulung ermöglicht werden.

Die Initiative soll in ihrer offenen Formulierung eine breite Diskussion über Arbeit, Gleichstellung und Bildung in die Wege leiten. Sie bedeutet ein zukunftsweisendes Projekt für eine gerechtere Gesellschaft.

Gegen Zweidrittelsgesellschaft

Mit der Annahme der GegAv-Initiative könnten die Bedingungen geschaffen werden, damit zum Teil langjährige SP-Forderungen in Erfüllung gehen, wie Arbeit für alle, gleiche Chancen für Frau und Mann sowie eine gerechte Arbeitsverteilung zwischen Erwerbs- und Sozialzeit. Diese Initiative bedeutet einen Lichtblick am Horizont! Sie garantiert mehr Menschen eine Zugehörigkeit zum Gemeinwohl und bedeutet damit eine gezielte Massnahme gegen die drohende Zweidrittelsgesellschaft, wo ein Drittel der Menschen beruflich und sozial nicht mehr integriert ist und damit ausgegrenzt bleibt.

Familienpolitik: Einem starken Wandel unterworfen

Abschied von der Kernfamilie

Neue gesellschaftliche Voraussetzungen (Gleichstellung der Frau) und die verschärfte wirtschaftliche Situation bringt der Mythos der heilen Familie ins Wanken. Doch dieser Wandel kann, ja muss auch als Chance verstanden werden, für einen neuen Umgang mit der Familie.

Von Angela Schmalz

Zweifelslos, die traditionelle Kleinfamilie, wie sie für viele als Inbegriff des familiären Lebens gilt, gibt es auch noch. Die Realität sieht am Ende dieses Jahrhunderts aber doch häufig anders aus. Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der meisten Menschen sind zurzeit einem laufenden Wandel unterworfen, die das Familienbild entscheidend verändern. Das Rollenverhalten und die Familiennorm und mit ihnen die Familienpolitik hinken noch bedenklich dem allgemeinen Veränderungsprozess hinten nach.

Wachsende Vielfalt

In unserer Gesellschaft gibt es viele Mythen rund um die gute Familie, die die «natürliche Mutter», Vater und Kinder einschliesst. Viele bürgerliche Kreise halten noch heute dieses Familienbild krampfhaft hoch. Doch heute müssen wir anerkennen, dass die klassische Kernfamilie der letzten Jahrzehnte (Vater, Mutter und zwei Kinder) nur noch eine unter vielen anderen Familienformen ist. Wir entdecken heute eine wachsende Vielfalt von Lebensformen, wie Konkubinate, Ein-Elternfamilien, Stieffamilien und anderen Formen. Hohe Scheidungsquoten verändern die familiären Strukturen genau so wie die Gleichstellung der Frau. Diese hat noch nicht absehbare

Auswirkungen auf die Familie ausgelöst, da mit ihr die Grundlagen der traditionellen Rollensummschreibung heftig erschüttert werden. Viele Väter sind heute glücklicherweise nicht mehr gewillt, die ganze Kindererziehung ihren Frauen zu überlassen um in Beruf und Karriere aufzugehen. Und viele Frauen mit einer guten Berufsausbildung sind heute nicht mehr bereit, ihre beruflichen Fähigkeiten jahrelang aufs Eis zu legen, um nachher, nachdem die Kinder ausgeflogen sind, festzustellen, dass sie auf dem sich schnell veränderten Arbeitsmarkt den Anschluss verpasst haben. Dazu kommt die sich in den letzten Jahren rasant verschlechternde wirtschaftliche Situation, die viele Alleinerziehende und Familien an ihre finanzielle Grenzen stossen lässt. Häufig sind Eltern, die nicht auf Rosen gebettet sind, gezwungen, gemeinsam zum Familienerwerb beizutragen. Aus all diesen Gründen sind heute professionell geführte familienergänzende Betreuungseinrichtungen eine absolute Notwendigkeit.

Betreuung für Schulkinder fehlt

Im Frühjahr 1997 hat die Bevölkerung der Stadt Uster zu einem Finanzierungmodell für die Institutionen Kinderkrippe, Kleinkinderhort, Muulwurf und Tagesmütterverein ja gesagt, welches einzigartig in der ganzen Region ist.

Ustermer Eltern haben so die Möglichkeit, ihr Kind in einer der drei Einrichtungen zwischen einem und fünf Tagen zu plazieren. Der Tarif pro Betreuungstag basiert auf dem steuerbaren Einkommen und bewegt sich für ein Kind zwischen 10 und 90 Franken. Ausser dem Tagesmütterverein sind diese Angebote alle auf Familien mit Vorschulkindern ausgerichtet.

Was meiner Meinung nach in Uster fehlt, sind entsprechende Angebote für Schulkinder. Der Schülerhort an der Florastrasse kann den gesamten Bedarf nicht abdecken. Zudem werden dort nur Kinder betreut, die den Hort mindestens an vier Tagen besuchen.

Doch auch in anderen Bereichen der Familienpolitik gibt es einiges zu tun: Für die bestehenden Mittagstische ist ein grösseres Engagement seitens der Stadt notwendig, damit diese in Quartieren professionell geführt werden können. Zusätzlich zu diesen Mittagstischen wäre eine Randstundenbetreuung nach der Schule sicher für viele Eltern eine echte Hilfe.

Fazit: Für Kleinkinder ist einiges erreicht, doch der Ausbau von sozialpädagogischen Einrichtungen wie Mittagstische, Randstundenbetreuung oder gar die Schaffung einer Tagesschule müsste meiner Meinung nach weiterhin Ziel ei-



Angela Schmalz (45) ist Sozialarbeiterin und Mutter zweier Kinder. Seit 1997 ist sie Gemeinderätin. Sie kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 4). (Foto: F. Tapernoux)

Jugendpolitik: Die Stadt Uster soll die Wünsche und Sorgen der Jugendlichen ernst nehmen

Ende mit dem Mauerblümchendasein

Wenn man Parteiprogramme liest, so stösst man auf viele wichtigen Themenkreise, zu denen die Parteien etwas zu sagen haben: zu Verkehrsfragen, zur Wirtschaftspolitik, zur Sozial- oder zur Schulpolitik. Alles wichtige Anliegen, zweifellos. Schade nur, dass ein ebenso wichtiges Thema, die Jugendpolitik, bei vielen Parteien ein Mauerblümchendasein fristet. Lange Zeit tat sie dies auch bei der SP Uster, doch damit ist nun Schluss.

Von Stefan Feldmann

Jugendliche, die sich für Politik interessieren und sich engagieren, sind dünn gesät. Doch dies ist nicht einmal so sehr die Schuld der Jugendlichen: Zu oft werden ihre Anliegen von vielen Politikerinnen und Politikern nicht ernst genommen, werden ihre Wünsche und Forderungen zurückgestellt. Eine grundfalsche Haltung: Jugendliche mit Eigeninitiative, mit Elan und der Bereitschaft Fragen – auch unbequeme – zu stellen, könnte unsere Gesellschaft und die politische Landschaft gebrauchen. Denn der Jugend gehört – dies kann wohl festgestellt werden, ohne der Eltern- und Grosselterngeneration zu nahe treten zu wollen – der Jugend gehört die Zukunft.

Ein Leitbild von Jungen für Junge

Doch wie soll die Jugendpolitik, die die Stadt Uster verfolgen will, aussehen? Welche Ziele sollen verfolgt werden? Soll die Arbeit mit Jugendlichen einzig privaten Organisationen überlassen werden, oder kann auch die Stadt Uster einen Beitrag dazu leisten? Viele wichtige Fragen sind zur Zeit noch offen. Dies sollte sich ändern, die Stadt Uster braucht ein Jugendleitbild, das diesen Namen auch wirklich verdient.

Es soll den Willen der Stadt Uster unterstreichen, seine Jugendlichen, ihre Wünsche und Sorgen ernstzunehmen. Es soll allen im Jugendbereich engagierten Personen aufzeigen, welcher Art die in Uster verfolgte Jugendpolitik der nächsten Jahre sein wird.

Wichtig bei der Erarbeitung eines solches Jugendleitbildes – wie es auch schon andere Gemeinden kennen – ist, dass nicht der Grundfehler bisheriger Jugendpolitik wiederholt wird: Sie wurde bislang viel zu sehr als Politik der Er-

wachsenen für die Jugendlichen verstanden. Die jungen Menschen durften zwar bislang bei Themen, die sie direkt betreffen, ihre Meinung kundtun, entschieden in welche Richtung es gehen soll, haben aber am Ende die Erwachsenen. Bei der Erarbeitung eines Jugendleitbildes sollte dieser Prozess umgekehrt werden: Die erwachsenen Beteiligten sollen und dürfen ihre Meinung, ihre Ansichten kundtun und bei der

Sozialpolitik betroffen, wie ihre Eltern oder Grosseltern.

Der zunehmende Abbau von Arbeitsplätzen trifft Jugendliche ebenso stark, wie die übrige Bevölkerung, insbesondere dann, wenn Lehrstellen gestrichen oder nicht mehr besetzt werden. Eine Bevorzugung von Firmen, die Lehrlinge ausbilden, bei der Vergabe von städtischen Aufträgen



Stefan Feldmann (27) ist Journalist und seit 1997 Mitglied des Gemeinderates. Er kandidiert auf der SP-Liste erneut für dieses Amt (Listenplatz 5). (Foto: F. Tapernoux)

Beratung mit Hilfe und Rat zur Seite stehen, die eigentliche Arbeit sollte aber von den interessierten Jugendlichen selber geleistet werden. Nur so ist gewährleistet, dass die Ustermer Jugendpolitik künftig eine Richtung einschlägt, die von den Jugendlichen gewünscht wird.

Menschenfreundliche Politik nötig

Ein zweiter Fehler sollte bei der Entwicklung einer jugendfreundlichen Politik ebenfalls vermieden werden: Die einseitige Definition von Jugendpolitik auf den Freizeitbereich. Sicherlich, gute Freizeitmöglichkeiten, Orte für Konzerte oder andere kulturelle Veranstaltungen sind für Jugendliche sehr wichtig. Sie sind aber ebenso von der Wirtschafts-, Verkehrs- oder

zu bevorzugen, wie dies eine SP-Motion fordert, ist deshalb durchaus sinnvoll.

Der hohe Grad von Mobilität bedroht die Gesundheit und das Leben von Jugendlichen – so sie eine Familie gründen – deren Kindern. Die Forderung nach Tempo 30 und Langsamverkehrszonen im Zentrum ist deshalb gut begründet.

Zusammenfassend: Eine gute Jugendpolitik – und eine solche sollte die Stadt Uster künftig betreiben – zeichnet sich einerseits durch ihre generelle Menschenfreundlichkeit aus, andererseits dadurch, dass die Jugendlichen aktiv daran beteiligt werden, ihnen Raum gelassen wird, ihre eigenen Träume zu verwirklichen.

Drogenpolitik: Positive Bilanz der ärztlichen Drogenabgabe

Ausbrechen aus dem elenden Kreislauf

Mit dem wuchtigen Nein zur Initiative «Jugend ohne Drogen» hat das Schweizer Volk ja gesagt zu der Viersäulentheorie in der Drogenpolitik. Damit sie aber zum tragen kommt, ist es wichtig, dass alle vier Säulen (Prävention, Therapie, Überlebenshilfe, Repression) gleich stark sind. Wer einseitig auf Repression setzt, verkennt, dass viele Wege in die Sucht führen und auch viele wieder daraus heraus. Nur eine differenzierte Lösung kann allen Betroffenen gerecht werden.

Von Rolf Graf-Ganz

Das Nein an der Urne hat nun den Bundesrat - nach anfänglichem Zögern - dazu bewogen, die Plätze der ärztlich kontrollierten Heroinabgabe auf den ursprünglichen Bestand auffüllen zu lassen. Langfristig soll die Anzahl der Plätze bis auf 2'000 erhöht werden. Für viele, die bereits erfolglos andere Wege versucht haben (zwei erfolglose Ausstiegstherapien sind Voraussetzung für eine Aufnahme in dieses Programm), ist eine Teilnahme an diesem Projekt die einzige reele Chance zurück in ein Leben ohne Drogen. Die ärztlich kontrollierte Abgabe gibt ihnen die nötige Ruhe, mit sich selber ins Reine zu kommen, um aus dem elenden Kreislauf auszubrechen und stattdessen nach Alternativen für sich suchen und wieder an eine eigene Zukunft glauben zu können. Welche grosse Hilfe die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe für die Betroffenen wirklich ist, haben auch die rückläufigen Zahlen der Drogentoten im Jahre 1996 eindrücklich gezeigt.

Ein Platz an der Wärme

Überlebenshilfe heisst aber nicht nur ärztlich kontrollierte Heroinabgabe und saubere Spritzen, nein, auch niederschwellige Tagesstrukturen werden dringend benötigt. Dies vor allem für Betroffene, die während ihrer Sucht den Arbeitsplatz verloren haben. Mit der Eröffnung des «Refugiums» an der Freiestrasse 29 wurde in Uster ein weiterer Platz (neben dem Jugend- und Freizeithaus) geschaffen, an dem Betroffene eine preiswerte Mahlzeit für fünf Franken erhalten. Freiwillige HelferInnen bereiten von Montag bis Freitag eine gesunde Mahlzeit zu. Im «Refugium» finden die Drogenabhängigen aber auch Menschen zum Sprechen oder einen



Rolf Graf-Ganz (43) ist diplomierte Buchhalter und Vorstandsmitglied des Vereins «Refugium». Er kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 6). (Foto: F. Tapernoux)

Platz, wo sie einfach in Ruhe an der Wärme sein können. Dass auch am Wochenende Tagesstrukturen erforderlich sind, ist dem Vorstand bewusst. Langfristig wird daher auch eine Wochenendstube ins Auge gefasst.

Auch wenn das «Refugium» stark von den beiden Landeskirchen getragen wird, und im Vorstand des Trägervereins drei verschiedene politische Parteien vertreten sind, ist es überparteilich und konfessionslos.

Haschisch legalisieren

Auch in der Säule Prävention hat der Kantonsrat mit seiner Standesinitiative zur Entkriminalisierung von Haschisch und Marihuana einen wichtigen Schritt unternommen. Medizinisch ist längst unbestritten, dass neben den illegalen auch die legalen Drogen wie Alkohol, Nikotin und Medikamente in die Prävention eingeschlossen werden müssen, da der gesetzliche Status einer Droge nichts über deren Grad an Gesundheitsschädigung aussagt. Es gibt medi-

zinisch keinen Grund Marihuana und Haschisch anders zu behandeln als Alkohol. Wenn der Grossteil der Bevölkerung der Meinung ist, dass der Umgang mit Alkohol in die Eigenverantwortung der Erwachsenen gehört, kann diesen durchaus auch der Umgang mit den «weichen» Drogen anvertraut werden. Selbstredend gehört ein griffiger Jugendschutz dazu - einer, der unsere Kinder auch vor Alkohol zu schützen hilft. Wichtig ist aber auch, dass durch die Legalisierung von Haschisch und Marihuana die Bezugsquellen entflechtet werden, und dadurch der Weg zu harten Drogen erschwert wird.

Im Moment ist also einiges in Bewegung im Bereich der Drogenpolitik. Die Aufstockung der Plätze für die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe hilft den Süchtigen beim Ausstieg, Tagesstrukturen unterstützen Therapien und die Legalisierung von Haschisch und Marihuana erschwert - durch die Entflechtung der Bezugsquellen - den Zugang zu den harten Drogen. Es gilt alles zu tun, dass in dieser Richtung erfolgreich weitergearbeitet werden kann.

Gesundheitspolitik: Gesundheit muss bezahlbar bleiben

Wider der Zweiklassenmedizin

Die Gesundheitspolitik ist eines jener Politikfelder, die die Schweizerinnen und Schweizer zur Zeit am meisten bewegt. Die stark steigenden Krankenkassenprämien bereiten vielen Menschen Kopfweh, und viele Fragen sich, wie lange ihre Gesundheitsvorsorge noch gewährleistet ist. Deshalb ist die Initiative der SP Schweiz «Gesundheit muss bezahlbar bleiben» dringend nötig.

Von Christian Wüthrich

Bund und Kantone haben im Rahmen der Sparmassnahmen der letzten zwanzig Jahre ihre Kostenbeteiligung (Subventionen, Defizitgarantien etc.) an den Gesundheitskosten um fast die Hälfte gekürzt. Diese Politik führte nebst einer wirklichen Kostensteigerung durch ein immer grösser werdendes Angebot im Gesundheitswesen zu einer massiven Umverteilung der Kosten auf die Privathaushalte. Auch die Gemeinden erklärten sich zunehmend ausser Stande, ihre Pflegestationen weiter zu subventionieren und wälzten ihre Kosten auf die direkt betroffenen Menschen ab. Es gibt sogar Gemeinden, die über eine erwartete Rendite ihrer Heime sehr froh sind.

Abbau des «service public»

Durch die Einführung von Spital- und Heimlisten wird nun versucht, Überkapazitäten an Akutbetten abzubauen. Das selbe Ziel wird mit der Berechnung neuer Fallkostenpauschalen verfolgt. Das Problem dabei: Im Moment ist nicht klar festgelegt an welcher medizinischen und pflegerischen Qualität festgehalten werden soll. Ein Beispiel: Wie soll der Umstand, dass ein alter Mensch in seiner Heimatgemeinde, dort wo er sein soziales Beziehungsnetz hat, leben kann, gewichtet werden? Ist es zu verantworten diesen alten Menschen wegen einer Zusammenlegung zweier Spitäler aus seiner angestammten Umgebung zu reissen und in eine andere Stadt zu zügeln?

Die Kantone spielen bislang als Spitalträger und Planer des Gesundheitswesens eine Doppelrolle. Die Verlockung ist für sie gross, den gesundheitlichen «service public» aus Kostengründen abzubauen. Daraus ergibt sich ein Konkurrenzkampf von lokalen, zunehmend von staatlichen Subventionen abgeschnittenen, und privaten Anbietern. Ein Konkurrenzkampf der immer

auf dem Buckel der PatientInnen ausgetragen wird. Mit den sogenannten Fallkostenpauschalen werden den Spitalern Leistungsaufträge mit Globalbudgets erteilt, ohne die Qualität zu definieren, die sie erbringen müssen, und ohne in der Lage zu sein, die Einhaltung der Qualität zu messen oder zu kontrollieren.

Die oft propagierte Marktwirtschaft kann im Gesundheitswesen nicht funktionieren, weil Einzelinteressen über das Angebot gesteuert und somit nicht kontrollierbar sind. Studien zeigen, dass ein Zusammenhang zwischen der Art und der Anzahl von chirurgischen Eingriffen und der Anzahl der entsprechenden Fachärzte besteht: Eine hohe Arztdichte führt fast automatisch zu einer entsprechend höheren Anzahl von Eingriffen. Daher ist die Frage der Ausbildung angehender Mediziner (Stichwort Numerus Clausus) sehr aktuell.

Weg von den Kopfprämien

Ich meine, wir tragen alle die Verantwortung dafür, dass im Gesundheitswesen einzig die Bedürfnisse der Bevölkerung massgebend sind, und nicht der Markt oder die Rendite. Ich bin der Meinung, dass jede Person Anrecht auf eine optimale medizinische und pflegerische Versorgung hat. Als Gesellschaft sind wir durchaus in der Lage diese Leistung zu finanzieren, wobei hier darauf zu achten ist, dass der Gedanke der Solidarität der finanziell Starken mit den finanziell Schwachen nicht verloren geht. Nur so kann eine Ausweitung des in Ansätzen bereits bestehenden Zweiklassensystems im Gesundheitswesen verhindert werden.

Grosses Gewicht auf die Solidarität legt auch die von der SP lancierte Initiative «Gesundheit muss bezahlbar bleiben». Die Initiative verlangt eine Aufgabe des Kopfgeldprämiensystems zugunsten eines Prämiensystems, welches auf die Einkommens- und Vermögenssituation der Versicherten Rücksicht nimmt. Ausserdem will die Initiative, dass der Bund die Regelung der Spitzenmedizin übernimmt – nicht jedes Spital braucht eine eigene Herzchirurgie – und die Gesundheitsplanung der Kantone koordiniert. Alles Anliegen, die auch einer Mehrheit der Ustermer Bevölkerung zu gute kommen würden.



Christian Wüthrich (44) ist Leiter des Pflegedienstes eines Alters- und Pflegeheimes. Er kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 7). (Foto: F. Tapernoux)

Umweltschutz: Nicht als Problem sondern als Chance betrachten

Umweltschutz ist Menschenschutz

Nur jede fünfte Person nannte 1996 Umweltschutz als eines der dringlichsten Probleme. Auch PolitikerInnen behandeln das Thema untergeordnet. Wird die Umwelt aber geschützt, führt dies zu einer besseren Lebensqualität, und längerfristig werden gar Kosten gespart. Ganz im Sinne des Mottos «global denken, lokal handeln» könnte Uster auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle übernehmen.

Von Dagmar Anderes

An der Spitze der Wichtigkeitsskala stand bei der Befragung 1996 die Arbeitslosigkeit, gefolgt von der AHV, der Europafrage und der Gesundheitspolitik. Daraus wird ersichtlich, dass für die wenigsten diese Themen und Umweltschutz zusammenhängen. Und doch ist dies der Fall, wie am Beispiel der Gesundheit gezeigt werden kann.

Die Luft ist heute mit verschiedenen Schadstoffen angereichert. Lungenkrankheiten nehmen darum zu. Eine Studie des Eidgenössischen Verkehrs- und Energiedepartements schätzte 1996 die externen Gesundheitskosten, die der Verkehr in der Schweiz allein durch die Luftverschmutzung verursacht, auf jährlich 1,6 Milliarden Franken.

Mehr Zeit für Umweltschutz

Viele Menschen würden wohl schon heute ökologischer leben, es fehlt ihnen aber oft an Zeit: Mit dem Auto ist man schneller als mit dem Zug am Arbeitsplatz, und wer nur für eine Woche verreisen kann, nimmt das Flugzeug, um keinen Ferientag zu verlieren. Die Arbeitslosen andererseits verfügen zwar über genügend Zeit, haben aber wohl andere Sorgen, als sich um den Umweltschutz kümmern zu können.

Die Idee, dieses Zeit-Ungleichgewicht auszugleichen, liegt darum nahe. Eine Neuverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit, wie sie die Gesellschaft für eine gerechte Arbeitsverteilung (GegAv, vgl. auch Artikel S. 15) mit ihrer Initiative fordert, macht also auch aus Sicht des Umweltschutzes Sinn. Weiter gilt es, ökologisches Verhalten zu belohnen, beispielsweise durch die Erhebung einer Energiesteuer.



Dagmar Anderes (26) ist Primarlehrerin und bildet sich zur Zeit zur Journalistin aus. Sie kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 8). (Foto: F. Tapernoux)

Uster-Linie hat gezündet

Ganz im Sinne des Mottos «global denken, lokal handeln» kann selbst auf Gemeindeebene viel getan werden. Uster ist ja bereits daran, umweltpolitisch eine Vorreiterrolle zu übernehmen: So hat die SP-Idee einer «Uster-Linie», welche den Vertrieb lokal produzierter, biologischer Lebensmittel vorsieht, gezündet. Bereits haben Bauern ihr Interesse am Projekt bekundet.

Und es gibt noch zahlreiche andere Möglichkeiten den Umweltgedanken zu unterstützen: Ustermer ArbeitgeberInnen fördern die Benutzung des öffentlichen Verkehrs, indem jene Angestellten, welche ohne Auto zur Arbeit kommen, einen finanziellen Beitrag an ihr Abonnement erhalten. Als Einnahmequelle könnte die Erhebung einer Parkplatzgebühr für die übrigen Angestellten dienen. Oder: In Uster wird eine Reparaturwerkstatt – womöglich als Arbeitslosenprojekt – auf die Beine gestellt. Häufig liessen sich defekte Geräte noch reparieren, doch für die Hersteller lohnt sich dies nicht – der Abfallberg wächst.

Auch im Bausektor gilt es, Veränderungen vorzunehmen: Jede Stunde werden in der Schweiz

0,75 Meter Land zubetoniert. Das ist im Jahr eine Fläche von der Grösse des Walensees. Bevor gebaut wird, soll grundsätzlich geprüft werden, ob dies notwendig ist, oder ob sich allenfalls schon bestehende Gebäude umnutzen lassen. Wird gebaut, so soll dies nach ökologischen Kriterien geschehen: Also verdichtete Siedlungen, die sich durch den Gebrauch umweltgerechter Materialien auszeichnen, energiesparend sind und in denen die Natur einbezogen wird.

Eine Umweltkommission ist nötig

An Ideen, was alles zum Schutz der Umwelt und somit der Menschen getan werden kann, mangelt es also nicht. Da aber gerade in diesem Bereich sehr vernetzt gedacht und gehandelt werden muss – was Zeit und Geduld erfordert – ist ein Gremium nötig, das entsprechende Projekte ausarbeitet und koordiniert. Zwar existiert in Uster eine Natur- und Landschaftskommission, doch die genügt den heutigen Anforderungen nicht. Will sich Uster den Umweltschutz zu Nutze machen, ihn nicht als Problem sondern als Chance aufgreifen, ist interdisziplinäres Vorgehen nötig und somit eine eigens für diese Belange zuständige Behörde.
Statistisches Material aus «Panda-Magazin» 4/97.

Öffentlicher Verkehr: Leben mit Wettbewerb und Spardruck

Zentraler Teil des «Service public» erhalten

Prägend für die Zukunft der konzessionierten Transportunternehmungen (KTU) ist das 1996 in Kraft getretene Eisenbahngesetz und die andauernde Finanzknappheit der öffentlichen Hand, gepaart mit einem äusserst harten Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern. Die Gefahr von Lohn- und Sozialdumping und einer Verschlechterung des öffentlichen Verkehrsangebotes sind nicht von der Hand zu weisen.

Von Peter Mathis-Jäggi

Das neue Eisenbahngesetz (EBG) ist getragen vom neoliberalen Wettbewerbsgeist: Wenn mehr Wettbewerb zwischen den Unternehmungen des öffentlichen Verkehrs herrscht, werden diese sich schnell anpassen und letztlich auch billiger produzieren und damit konkurrenzfähiger werden, so die Idee, die dem Gesetz Pate stand.



Peter Mathis-Jäggi (44) ist Lokomotivführer und aktiver Gewerkschafter. Er kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 9). (Foto: F. Tapernoux)

Und diese Idee ist falsch: Der öffentliche Verkehr darf nicht einfach den marktwirtschaftlichen Gesetzen gehorchen. Er ist ein zentraler Teil des «Service public». Er ist auch ein Gesamtsystem, in welchem die einzelnen Elemente genau aufeinander abgestimmt und vernetzt werden müssen.

Das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs ist ein attraktives Fernverkehrsnetz mit IC- und IR-Zügen. Als Zubringer braucht es ein leistungsfähiges Regionalverkehrsnetz mit S-Bahnen und Bussen (Strassenbahnen).

Billig, dafür ineffizient

Durch die neuen gesetzlichen Regelungen werden immer mehr einzelne Zug- oder Buslinien und Verkehrsnetze auf dem vermeintlich «freien Markt» ausgeschrieben. Wird bei dieser Konkurrenz um Linienvergaben Lohn- und Sozialdumping zugelassen, um das Angebot preislich zu drücken, wird der angestrebte Wettbewerb um Qualität und Effizienz auf Kosten des Personals unterlaufen. Ineffiziente und qualitativ schlechte Unternehmen werden so gegenüber effizienten Unternehmen mit hoher Qualität bevorzugt, einzig, weil sie schlechtere

setzt deshalb auch anständige und gesicherte Anstellungsverhältnisse voraus. Wer öffentliche Linien betreiben will, soll einen Gesamtarbeitsvertrag einhalten müssen. Nur so kann sichergestellt werden, dass ein Wettbewerb der Verkehrsunternehmungen um Qualität und Effizienz statt um die Höhe des Lohndumping geführt wird.

Die neue, von der EU inspirierte Transportpolitik hat die Beziehungen unter den Sozialpartnern spürbar verändert, meistens verschlechtert. Den Entscheidungsträgern bei Bund und Kantonen muss klargemacht werden, dass die Auftragsvergabe an Private letztlich auf mieses Sozialdumping hinauslaufen.

Auch Kundschaft betroffen

Doch nicht nur das Abschieben einzelner Linien des öV-Netzes bringt Probleme mit sich. Leider ist die öffentlichen Hand unter dem Spardiktat massgeblicher bürgerlicher Kreise nicht bereit, ihre Beiträge an den öffentlichen Verkehr zu erhöhen - im Gegenteil. Doch diese Sparmassnahmen treffen nicht nur das Personal, sondern auch die Kundschaft. Fehlende Investitionen in die Infrastruktur, den Unterhalt der Fahrzeuge oder beim Ersetzen von alten Fahrzeugen sowie der Abbau von Stations- und Begleitpersonal erzeugen ein Gefühl der Unsicherheit. Fahrplanverschlechterungen treiben viele Menschen dazu, vom öffentlichen wieder zum privaten Verkehrsmittel zu wechseln.

Doch die Behörden sprechen mit gespaltener Zunge. Einerseits beklagen sie die negativen Auswirkungen auf die Umwelt und die Lebensqualität der Bewohner, die der zunehmende Autoverkehr mit sich bringt. Andererseits üben sie aus wirtschaftlichen Erwägungen Druck auf die regionalen Verkehrsbetriebe aus, ihr Angebot zu reduzieren, wie die jüngsten Abbaupläne im Zürcher Verkehrsverbund (ZVV, S-Bahn) zeigen.

Dem Orts- und Agglomerationsverkehr kommt aber in der Verkehrs-, Siedlungs- und Umweltschutzpolitik eine wichtige Rolle zu. Ohne ein gutes und leistungsfähiges Angebot würden die Städte und Agglomerationen im Verkehrsstau und Abgassmog ersticken. Der öffentliche Verkehr ist deshalb verstärkt zu fördern und auszubauen.

Anstellungsbedingungen bieten (bsp. Buslinien des Regionalverkehrs Unteres Glattal) oder falsche Versprechungen machen.

Ein qualitativ hochstehendes Angebot im öffentlichen Verkehr ist nur mit gut qualifiziertem und motiviertem Personal zu erbringen und

Zentrumsgestaltung Uster: Eine Chance, die nicht vertan werden darf

Kein seldwylerischer Provinzialismus

Die Chancen, im Ustermer Zentrum einen neuen städtischen Schwerpunkt zu setzen sind gut wie lange nicht mehr. Beim Nachdenken, wie ein solches Ustermer Zentrum aussehen soll, geht es aber nicht um besonders modische oder originelle Würfe. Es steht die Frage nach Zweck, Nutzen und Empfindung für Mensch und Umwelt im Vordergrund.

Von Barbara Thalmann

Uster hat sich vom ehemaligen Bauerndorf zunächst zum Industrieort und heute zu einer typischen Agglomerations-Gemeinde gewandelt. Die Spuren der verschiedenen Zeiten, vor allem die prägenden Bauten aus den fortschrittsgläubigen 70er Jahren, sind gut sichtbar, aber wenig akzeptiert. «Uster fehlt ein Zentrum», ist deshalb ein oft gehörter Satz. Wo an anderen Orten eine historische Altstadt zur Identität und als gebaute Erinnerung zum Selbstwertgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner beiträgt, überlagern sich im Zentrum von Uster städtische Ansätze, brachliegende Gebiete, eine dominante Verkehrsführung und dörfliche Strukturen.

Nicht nur an den Verkehr denken

Die Diskussion um eine Zentrumsgestaltung hat sich bis anhin häufig auf den Verkehr beschränkt. Erst wenn die Verkehrsfrage gelöst sei, könne an eine bauliche Veränderungen gedacht werden, wurde lange Zeit behauptet. Doch inzwischen erkennen wir, dass sich die Mobilitätsansprüche der heutigen Gesellschaft kaum eindämmen lassen. Jegliche Umleitung des Verkehrs betrifft immer irgendeinen Teil der Bevölkerung. Die einen werden durch den Verkehr ent-, die anderen mit Mehrverkehr belastet. (Die SP schlägt in ihrem Verkehrsleitbild zur Eindämmung der wegen dem immer höheren Mobilitätsgrad entstehenden Probleme tiefe Geschwindigkeiten vor, die dafür einen stetigeren Verkehrsfluss gewährleisten.)

Einmalige Chance

Losgelöst von dieser Verkehrsdebatte bestehen zur Zeit politisch gute Chancen, das Geviert Post-/Bank-/Bahnhof-/Zürichstrasse neu zu

bauen. Diese Chance ist einmalig. Uster besitzt an diesem Ort ein grosses städtebauliches Potential. Es liegt in den Händen unserer Generation in Uster für Uster ein Zentrum zu realisieren. Allerdings kommen bei dieser Begriffsverwendung auch unguete Gefühle in mir auf. Schon oft wurde versucht, ein Dorfzentrum, einen «Märt» oder einen Platz zu gestalten, ohne aber architektonisch überzeugen zu können. Wir müssen uns vor solch seldwylerischem Provinzialismus hüten. Längst schon leben wir in urbanem Umfeld und haben uns städtische Lebensweisen angeeignet. Daraus abzuleiten ist eine Vorstellung über die Qualitäten des Stadtlebens: Welche Rolle spielt ein städtischer Kern für das soziale Leben? Ist es möglich, über bauliche Eingriffe in dem genannten Gebiet Raum für Menschen zu schaffen; einen Raum, in dem sie sich wohl fühlen, sich begegnen, austauschen, beziehungsweise auch einfach nur sein können?

Bedürfnis nach Geborgenheit

Der Massstab des Einzelnen wird bei der Pla-

nung nach Nutzung und Ausnutzungsziffern oft vernachlässigt. Vergessen wird das menschliche Bedürfnis nach Geborgenheit, Erinnerung oder Mitleben mit den Jahreszeiten. Wenn sinnliche Eigenschaften im öffentlichen Raum nicht mehr anzutreffen sind, ist es kein Wunder, dass sich die Leute in ihre Privatsphären zurückziehen. Es entsteht ein Klima «des nicht mehr verantwortlich Seins» gegenüber der Öffentlichkeit, und in diesem Teufelkreis leidet der öffentliche Raum um so mehr unter Abwertung und Lieblosigkeit.

Erst wenn wir städtischen Raum nicht nur als Strassen begreifen, wenn wir Verbindungs- und Wegnetze als eine Art Lebensadern erfasst haben, wenn sich die Erdgeschossnutzungen mit dem Strassenraum verbinden, besteht die Möglichkeit zu einer Stadtmitte, die die vielfältigen Ansprüche der modernen Gesellschaft zu vereinen weiss. Der Mensch formt den Raum – der Raum formt aber auch den Menschen. Beim Nachdenken über ein Ustermer Zentrum geht es nicht um besonders modische oder originelle Würfe. Es steht die Frage nach Zweck, Nutzen



Barbara Thalmann (32) ist diplomierte Architektin ETH und Mutter von vier Kindern. Sie kandidiert auf der SP-Liste für den Gemeinderat (Listenplatz 10). (Foto: F. Tapernoux)

Stellt Euch vor, in Uster ...

- ... gibt es eine Mittelschule, die neben der Berufsschule erbaut ist,
- ... geben sich die Schulen ein Leitbild,
- ... werden in allen Schulhäusern Blockzeiten eingeführt,
- ... gibt es endlich eine Tagesschule und ein Netz von Mittagstischen.

Die SP Uster hat ein Schulleitbild erstellt, in dem sie klar schreibt, wie ein optimaler Bildungsweg für unsere Kinder aussehen muss. Wir fördern die Schaffung eines Umfeldes, das ein stress- und gewaltfreies Lernen ermöglicht. Wir setzen uns für die volle Integration und Förderung der Schwächeren in der Schule ein.

- ... wird das Jugend- und Freizeithaus saniert,
- ... gibt sich die Stadt Uster ein Jugendleitbild,
- ... werden bei Arbeitsvergaben Firmen bevorzugt, die Lehrlinge ausbilden.

Die SP Uster setzt sich für eine aktive Jugendpolitik ein, eine Jugendpolitik, die nicht von Erwachsenen für Junge gemacht wird, sondern den Jungen die Möglichkeit lässt, ihre eigenen Träume zu verwirklichen. Die dringende nötige Sanierung des Jugend- und Freizeithauses ist dabei ein wichtiger Pfeiler in der städtischen Jugendpolitik. Wir fördern und unterstützen die Arbeit des Jugendparlamentes und wollen auf lokaler Ebene als Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit bei der Vergabe von städtischen Aufträgen Firmen bevorzugen, die Lehrlinge ausbilden.

- ... fährt man in unseren Quartierstrassen mit Tempo 30,
- ... werden die öffentlichen Parkplätze besser bewirtschaftet und mit dem eingenommenen Geld das Angebot des öffentlichen Verkehrs verbessert.

Die SP Uster will eine Verkehrspolitik, in der die Stärkeren auf die Schwächeren Rücksicht nehmen. Wir wollen, dass der Schulweg für unsere Kinder wieder zum Erlebnis werden kann. Wir fördern eine Verkehrspolitik, die der Lebensqualität und der Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner Rechnung trägt und nicht nur für einige Wochen eine «freundliche Zone» im Zentrum ermöglicht. Dazu gehört auch die Förderung des öffentlichen Verkehrs, damit die Quartiere noch bessere Verbindungsmöglichkeiten ins Zentrum und an die S-Bahn erhalten.

- ... sinkt die Arbeitslosenquote, da ArbeiterInnen und ArbeitnehmerInnen sich solidarisch mit den Erwerbslosen zeigen und Modelle unterstützen, welche die Arbeit auf mehrere Schultern verteilen,
- ... erhalten Frauen und Männer für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn,
- ... sind Frauen in Kaderpositionen eine Selbstverständlichkeit,

- ... bekommen sie die Kostenexplosion im Gesundheitswesen in den Griff.

Die SP Uster unterstützt Initiativen, welche sich die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit oder das Eindämmen der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zum Ziel gemacht haben und sammelt dafür Unterschriften. Beispielsweise für die Krankenkassen-Initiative der SP Schweiz, damit endlich eine gerechtere Politik für die Finanzierung der Gesundheitskosten durchgesetzt werden kann und die unendliche Geschichte der fortwährenden Erhöhung der Prämien und somit die Gefahr einer Zweiklassenmedizin gestoppt werden kann. Oder für die Gegav-Initiative, damit die bestehende Arbeit besser verteilt wird und wieder mehr Menschen Arbeit haben. So wäre eine Finanzierung der Arbeitslosenkasse auch ohne Taggeldkürzungen oder zusätzliche Sperrtage möglich. Wir kämpfen auf lokaler Ebene dagegen, dass sinnvolle Programme für Arbeitslose, wie zum Beispiel der Job-Bus, einseitigen Sparbemühungen zum Opfer fallen.

- ... gelingt im Zentrum endlich ein städtebaulicher Wurf, in dem zum Beispiel eine neue Biblio- und Mediathek Platz findet,
- ... gestalten sie das Umfeld des Stadthauses und den Sternenplatz neu.

Seit Jahren plant die Stadt rund um das «Zentrum Mitte» (heute «Zentrum Nord» und «Zentrum Süd» genannt), sie hat dafür schon einige hunderttausend Franken an Steuergeldern ausgegeben und wartet noch immer, bis die privaten Grundeigentümer endlich wissen, ob und wie und wann sie Hand zu einer Lösung bieten wollen. Die SP Uster unterstützt die neuen Bemühungen zur Aufwertung des Zentrums. Dies aber nicht zu jedem Preis und ohne grosszügige Geschenke an die Grundeigentümer. Wird in absehbarer Zeit keine vernünftige Lösung gefunden, ist eine Stadthausenerweiterung ernsthaft ins Auge zu fassen.

- ... gibt es mehrere grössere zusammenhängende Grünflächen, die Platz zum spazieren, zum spielen oder zum Tiere beobachten bieten,
- ... werden weitere moderne, originelle Wohnüberbauungen mit Gemeinschaftscharakter erstellt, die den neusten ökologischen Gesichtspunkten Rechnung tragen,
- ... wird in allen Quartieren Usters gewohnt, gearbeitet, gefeiert.

Die SP Uster setzt für eine sinnvolle Nutzung des immer knapper werdenden kostbaren Gutes Boden ein. Wo Bauten entstehen, sollen sie sich ins Städtebild einfügen, Modellcharakter haben und langfristig und nachhaltig genutzt werden können.

- ... gibt es eine Partnerschaft der Stadt zusammen mit Vereinen und Trägerschaften, die kulturelles Leben nicht nur in gesprochenen Visionen darstellen, sondern auch umsetzen,

- ... werden die «Untere Farb» und der «Container» zu belebten Kulturzentren umgebaut, in welchen Ausstellungsräume und Übungslokale untergebracht sind, welche Einrichtungen für Kleintheater bieten und Schulungsräume für Kurse und Seminare haben,
- ... wird im Stadtpark ein Musikpavillon errichtet, in dem Sommerkonzerte veranstaltet werden.

Die SP Uster wehrt sich vehement gegen eine städtische Kulturpolitik, die nur finanzielle Kürzungen aller kulturellen Aktivitäten beinhaltet.

- ... gibt es ein Sport- und Trainingszentrum im Buchholz.

Die SP Uster fordert, dass die Sportanlagen im Buchholz besser bewirtschaftet werden. Mit dem Bau eines einfachen Hauses mit einer beschränkten Zahl von Übernachtungsmöglichkeiten, könnten auch Trainingslager von Vereinen aus der Region und der ganzen Schweiz in Uster durchgeführt werden. Das schafft neue Arbeitsplätze, bringt zusätzliche Einnahmen und hilft gleichzeitig, die sportliche Infrastruktur auch für einheimische Vereine zu verbessern.

- ... werden einheimische Produkte wieder hier verarbeitet, hier verkauft und hier konsumiert.

Die SP Uster will, dass landwirtschaftliche Produkte, die in Uster biologisch produziert und verkauft werden, auch hier verarbeitet werden. Dieses Ziel verfolgt die SP Uster mit dem von ihr initiierten Projekt «Uster Linie». Wir fördern weiter alle Formen des Direktverkaufs, sei es direkt ab Hof, sei es, auf dem neu zweimal wöchentlich stattfindenden «Märt» auf dem Stadthausplatz.

- ... sind ab Frühling 1998 wieder zwei Vertreterinnen der SP Uster im Stadtrat aktiv,
- ... ist die SP Uster gestärkt aus den Gemeinderatswahlen hervorgegangen,
- ... kämpft die SP Uster dafür, dass alle diese «Stellt Euch vor...» nicht nur Utopien und Versprechungen bleiben, sondern immer wieder eingebracht und diskutiert werden.

Wir gehen diese Aufgaben an, ohne dass wir schon im vornherein ein «Wenn und Aber» anbringen und eine Machbarkeitsstudie erstellen müssen.

Nicht Minimalismus und Ängstlichkeit ist unser Denken. Vorwärtsstrategien und Optimismus sind gefordert. Wir bringen sie ein.



**Die Gesundheitskosten explodieren.
Die Arbeitslosenzahlen wachsen.**



Sozialdemokratische Partei Uster

Die SP ist gefordert, wie seit Jahren nicht mehr. Die grossen Erfolge bei den Wahlen der letzten Jahre zeigen:

Doch um diese Hoffnungen zu erfüllen, brauchen wir engagierte Mitglieder. Menschen, denen es nicht egal ist, was mit Uster und seinen Menschen passiert. Menschen, die genug haben von der Arroganz der Arbeitgeber und den bürgerlichen Parteien, die Rezession und die Globalisierung der Wirtschaft dazu nutzen, um Arbeitsbedingungen zu deregulieren, Löhne zu senken und Leistungen bei der AHV und in der Arbeitslosenversicherung abzubauen.

Darum:

- Ja, ich werde Mitglied der SP Uster.
- Ich bin an einer Mitgliedschaft interessiert. Sendet mir bitte weitere Unterlagen.

Name/Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

*Ausschneiden und senden an:
SP Uster, Postfach, 8610 Uster*

**Immer mehr
Menschen
setzen ihre
Hoffnungen
auf die SP.**

**Tu was!
Engagiere Dich!
Werde Mitglied
der SP Uster!**